

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

10. Jahrgang.

Donnerstag, 31. Juli 1930.

Nr. 178.

Die französische Präsidentenwahl 1931

Die Kandidaten: Briand und Lebrun.

Paris, 30. Juli (Eigenbericht): Im „Populaire“ befaßt sich Leon Blum mit der Präsidentenwahl, die im nächsten Jahre stattfinden werde. Es stehen einander zwei Gruppen gegenüber, von denen die eine den Außenminister Briand, die andere, welche vom Ministerpräsidenten Lardizou geführt wird, den eifrigen Senator Lebrun kandidiert. Am Sonntag hat nun Lebrun seine erste Kandidatenrede gehalten, die eine deutliche Spitze gegen die Locarno-Politik enthielt und in der Lebrun ausführt, daß Frankreich sich nur auf die Macht seiner Armee verlassen könne. Leon Blum bemerkt dazu, daß also die Kandidatur Lebruns eine Gefährdung der Außenpolitik Briands sei.

80.000 Arbeiter im Streik.

Paris, 30. Juli. (Tsch. P.-B.) Der Streik im Liller Kreise dauert in unverminderter Mäße an. Die Verhandlungen zwischen der Arbeiterchaft und den Arbeitgebern haben bisher zu keinem Ziele geführt, da die Arbeitgeber erklären, daß sie die Löhne nicht in dem Maße erhöhen können, daß dadurch die Beiträge der Arbeiter zur Sozialversicherung gedeckt werden. Nach einer heute erfolgten Mitteilung des Arbeitsministers Laval streiken in Frankreich im ganzen etwa 80.000 Arbeiter. Der Minister fügte hinzu, daß die Streikbewegung auf die Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes, das sich in ganz Frankreich auf etwa 2 Millionen Personen erstreckt, keinen Einfluß haben könne. Die Bewegung richtet sich übrigens nicht gegen die Sozialversicherung, sondern ist eine Folge der steigenden Teuerung.

Austritt der kanadischen Regierung.

Ottawa, 30. Juli. (Reuter.) Die kanadische Regierung ist infolge der bei den letzten Wahlen erlittenen Niederlage zurückgetreten.

Die zuletzt bekannt gewordenen Wahlergebnisse lauten: Konservativen 131, Liberalen 85, die übrigen Parteien 19 Mandate. Die Erfolge der Konservativen in Quebec und auf dem flachen Lande haben auch die kühnsten Erwartungen übertroffen.

Türkisch-perlische Spannung.

London, 30. Juli. Aus Ankara wird berichtet, die türkische Regierung habe beschlossen, eine energisch gehaltene Note an die perlische Regierung zu senden, in der gegen die Ueberfälle von Kurden aus persischem Gebiet Einspruch erhoben und die perlische Regierung warnt darauf hingewiesen wird, daß die türkische Regierung sich genötigt sehen könnte, Schritte zu tun, um ihre rechtmäßigen Interessen zu schützen. Die türkische Regierung erklärt in der Note, daß die kurdischen Aufständischen nicht nur ein Aht in Persien länder, sondern auch alle ihre Vorräte an Lebensmitteln und Munition von jenseits der perlischen Grenze erhalten.

Die Handelsbeziehungen Rußland — Amerika.

Die Vereinigten Staaten auf dem Rückzug.

New York, 30. Juli. (Tsch. P.-B.) Die Blätter widmen nach wie vor der Frage der russischen Warenzufuhr beträchtlichen Raum, heben jedoch hervor, daß Präsident Hoover irgendwelchen geheimgehaltenen Einfuhrverboten durchaus ablehnend gegenüberstehe. Hinsichtlich dem Verbote der Einfuhr von Pulpholz verspricht Unterstaatssekretär Lowman, nachdem er den Protest des Vertreters der „Antora“ entgegengenommen hatte, innerhalb von zwei Tagen eine Entscheidung zu fällen. Der Antora-Vertreter hat Lowman ein längeres Kabel aus Moskau vorgelegt, das über den Ursprung und die Verladung des Pulpholzes sowie über die Lohnzahlungen bei der Ausfuhr Aufklärung gibt. Wegen des Einfuhrverbotes haben ferner die Vertreter der beteiligten Schifffahrtlinien protestiert. Auch die Papierfabrikanten und die Arbeiter-Organisationen der Papierindustrie haben einen Protest eingereicht. Der kürzlich gegründete Arbeitersünderband unter Führung von Matthew Ross beschränkt sich übrigens nicht darauf, ein Einfuhrverbot für Erzeugnisse russischer Sträflingsarbeit zu erreichen, sondern verlangt neuerdings auch ein Einfuhrverbot für italienische Erzeugnisse, falls diese von Sträflingen bezugsfertig sind.

Aufmarsch zum Wahlkampf.

Rein Zusammengehen zwischen Galentkrenzern und Deutschnationalen. Ende der demokratischen Partei.

Berlin, 30. Juli (Eigenbericht): Das Chaos innerhalb der bürgerlichen Parteien Deutschlands beginnt sich nun etwas zu klären. Auf dem rechten Flügel werden die Galentkreuzler gesondert vorgehen, ein Angebot der Deutschnationalen unter Eugenbergs zwecks gemeinsamen Vorgehens wurde abgelehnt. Die Fraktion Eugenbergs dürfte in den Wahlen große Einbußen erleiden, alle Tage splittern sich neue Gruppen von ihr ab. Größere Bedeutung dürften die Volkskonservativen unter dem Minister Treviranus und der Landbund, der unter Führung des Ministers Schiele steht, erlangen, die eine Listenverbindung eingehen werden. Der demokratische Parteiaussschuß hat heute beschlossen, sich der deutschen Staatspartei anzuschließen und dieser den Apparat der alten Partei zur Verfügung zu stellen. Bemerkenswert war, daß auf der Tagung nicht grundsätzliche, sondern Personalfragen eine große Rolle spielten. Es wurden nur Bedenken gegen das Zusammengehen mit den Jungdeutschen laut, die den Arierparagraphe in ihrem Statut haben, also Antisemiten sind, während sich in der demokratischen Partei viele Juden befinden. Die deutsche Volkspartei wieder hatte alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen und Nationalsozialisten zu einer Besprechung eingeladen, die jedoch ergebnislos verlief, da die verschiedenartigen Elemente nicht unter einen Hut zu bringen waren. Es wurde lediglich beschlossen, einen gemeinsamen Wahlaufmarsch herauszugeben, in welchem sich die Parteien verpflichten sollen, für die Finanzreform der gegenwärtigen Reichsregierung einzutreten. Die Staatspartei will diesen Aufruf nur dann unterschreiben, wenn völlige Klarheit darüber herrscht, daß nach den Wahlen ein Zusammengehen mit den Galentkreuzern nicht in Betracht kommt. Gegen ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen scheint also auch die Staatspartei nichts einzusetzen zu haben.

Die Tagung der Deutschdemokraten.

Berlin, 30. Juli. (Tsch. P.-B.) Der Parteiaussschuß der deutschdemokratischen Partei hielt am Mittwoch im Reichstagsgebäude in Anwesenheit von etwa 100 Mitgliedern eine Tagung ab, die über die Neugründung der deutschen Staatspartei beraten sollte. Der Parteiführer Ragh Weyer referierte über den Vorgang bei der Neugründung und führte aus, daß er und die anderen Parteimitglieder, die die Vorbereitungen getroffen hätten, sich bewußt gewesen seien, ein großes Wagnis zu unternehmen. Die Staatspartei wolle staatspolitisch handeln, aber keine Interessvertretung darstellen. Sie wolle unabhängig bleiben von Gewerkschaften und Kapitalisten. Auf Verhandlungen von Partei zu Partei ließe er sich nicht ein. Sie führten nur zu gegenseitiger Entfremdung. Die neue Partei habe einen starken Reformwillen auf wirtschaftlichem, sozialem und finanziellem Gebiet. Die Partei wolle keinen Bloß gegen die Sozialdemokratie bilden. Sie stehe ihr ganz objektiv gegenüber und werde gegebenenfalls auch mit ihr zusammengehen. Andererseits sei die Partei gegen jede Vermischung mit rechtsradikalen Gruppen. Mahraun habe ausdrücklich jeden Verdacht des Antisemitismus von sich abgewehrt und als Verleumdung bezeichnet (Widerspruch). Die Republik dürfe nicht konservativ werden, sonst folge die Revolution. Die neue Partei wird dazu beitragen, eine fortschrittliche evolutionäre Republik zu schaffen. Der Apparat der demokratischen Partei solle auf die neue Partei übertragen werden. Die Volksnationalen legen großen Wert darauf, daß viele junge Männer in den Reichstag einziehen, ferner sei erwünscht, daß mindestens an zweiter Stelle auch auf jeder Kandidatenliste eine Frau stehe.

Berlin, 30. Juli. (Tsch. P.-B.) Der Parteiaussschuß der deutschen demokratischen Partei faßte Mittwoch nachmittags am Schluß der Aussprache über die grundsätzlichen Fragen gegen 4 Stimmen folgende Entschlieung: Der Parteiaussschuß der deutschen demokratischen Partei stimmt der Gründung der deutschen Staatspartei

zu und stellt die Parteiorganisation für den Wahlkampf zur Verfügung. Der Parteiaussschuß wünscht und erwartet, daß die deutsche Staatspartei mit größtem Ernst bemüht sein werde, alle gesinnungsverwandten Kräfte zu vereinigen und zu einheitlicher politischer Arbeit zusammenzufassen. Der zweite Satz dieser Entschlieung fand Annahme gegen nur eine Stimme.

Keine Bürgerpartei der Mitte.

Berlin, 30. Juli. (Tsch. P.-B.) Ueber die heute nachmittags stattgefundene Besprechung der deutschen Volkspartei mit der Gruppe Westarp, der Wirtschaftspartei und den Demokraten verlautet: Dr. Scholz legte den eingeladenen Parteien die Frage vor, ob sie bereit seien, auch ihrerseits mit der deutschen Volkspartei in einer einheitlichen Partei des gesamten aktiven Staatsbürgertums aufzugehen. Dr. Scholz hat diesen Vorschlag vor allem damit begründet, daß die wahlmüde Bürgerchaft sich in dem Wirrwarr der Parteien nicht mehr zurechtfindet und darum diese Vereinheitlichung und Zusammenfassung verlange.

Die besagten Parteien waren jedoch nicht geneigt, dem völksparteilichen Wunsch zu folgen. Die Frage gemeinsamer Wahllisten wurde ebenfalls abgelehnt. Die von den ablehnenden Parteien vorgetragenen Gründe entzogen in erster Linie Zweckmäßigkeitserwägungen und taktischen Erwägungen. Nach Ablehnung seines Vorschlages hat Dr. Scholz den vertretenen Parteien die Frage vorgelegt, ob sie nicht über einen selbstverständlichen Burgfrieden im Wahlkampf hinaus bereit seien, im kommenden Reichstag eine Fraktionsgemeinschaft zu bilden, die die gesammelte parlamentarische Kraft des Bürgertums gerade im entscheidenden Augenblick gemeinsam und einheitlich einzusetzen vermag. Darüber sind die Verhandlungen noch nicht endgültig abgeschlossen. Sie werden morgen fortgesetzt. Zunächst ist ein Redaktionskomitee beauftragt, einen gemeinsamen Wahlaufmarsch auszuarbeiten.

Vom Bürgerkrieg in China.

Die Verstörungen der Stadt Tschanscha.

Schanghai, 30. Juli. (Reuter.) Der Stadt Tschanscha in Süchina, die am 27. Juli in die Hände der Kommunisten gefallen war, droht völlige Vernichtung. Wie mitgeteilt wird, verlangen die Kommunisten von der Nationalregierung eine Million Dollar Lösegeld, ansonsten drohen sie, die ganze Stadt in Brand zu setzen. Es scheint aber unwahrscheinlich, daß die Regierung zu diesem Vorschlage irgendeinen Standpunkt einnehmen würde. Es ist schwer, aus Tschanscha Nachrichten zu erhalten, doch kann jetzt angenommen werden, daß fast sämtliche Ausländer zusammen mit 91 Japanern auf britische und amerikanische Raionendooite in Sicherheit gebracht wurden. Bloß vier oder fünf Missionäre lehnten es ab, die Stadt zu verlassen. Japanischen Meldungen zufolge festen die Kommunisten das japanische Konsulat, ein Krankenhaus, zwölf Regie-

rungsgebäude und fast sämtliche Missionsgebäude und Kirchen in Brand. 8000 Soldaten plündern systematisch die Stadt aus, zerstören das Eigentum der Nationalregierung und der Ausländer und beschlagnahmen das Vermögen einer ganzen Reihe reicher Bürger.

Peking, 30. Juli. (Reuter.) Den letzten aus der Stadt Tschanscha einlangenden Berichten zufolge vernichteten die Kommunisten alle Regierungsgebäude sowie das Eigentum der Ausländer durch Brandstiftung. Bloß das Postgebäude und das Hale-Krankenhaus blieben verschont. Die Verwüstung der Stadt dauert an. Die Gebäude der Gesellschaften „Standard Oil“ und „Texas Oil“ wurden in Asche gelegt. Der Bruder des Gouverneurs sowie andere Funktionäre sind hingerichtet worden. Die Kommunisten verfolgen in westlicher Richtung die Regierungstreitkräfte. Etwa 18.000 Einwohner haben die Stadt verlassen.

Strategische Umgruppierung des deutschen Bürgertums.

Zeit Jahren kündigt sich im Deutschen Reich aus verschiedenen Symptomen eine Umgruppierung des politischen Parteiensystems an. In zweierlei Richtungen machte sich eine unverkennbare Bewegung geltend: zur Verrechnung der Rechten, auf der in den ersten Jahren der Republik und am mächtigsten von 1924 bis 1928 die Deutsch-nationale Partei der Eugenbergs und Westarp, der Monarchisten, Junfer, Militärs, des Feudaladels und eines Teils auch der großen Industrie, beherrschend stand. Einige Monate lang, vom Mai bis zum Dezember 1924, war sie die größte Partei des Reichstags, stellte den Präsidenten und obwohl sie dann von der Sozialdemokratie wieder überholt wurde, konnte sie doch noch einmal auf Kosten der damals rasch bankrottierenden Völkischen einen kleinen Aufschwung machen. Mit 110 Abgeordneten repräsentierte sie bis 1928 die zweitstärkste Partei des Reichstags und die stärkste bürgerliche Fraktion. Seit 1927 aber strebten ihre Teile immer heftiger auseinander. 1928 blieben noch 79 Mann um Eugenbergs verammelt, bei der Auflösung des Reichstags standen 35 bei Eugenbergs, 28 bei Westarp, elf bei Treviranus. Während die Rechte zerfiel, zeigte die Mitte die Tendenz zur Sammlung. Je weniger es um die Frage der Staatsform, je mehr es um wirtschaftliche und soziale Fragen ging, desto näher kamen einander die ehemals „linken“ Demokraten und die schwerindustrielle Volkspartei. Ihre Verschmelzung wurde seit langem prophezeit.

Nun hat die Reichstagsauflösung alle diese Parteien mitten in einer schweren Krise überrascht und zu raschem Handeln gezwungen. Der Deutschnationalen Partei gab das Kabinett Brüning den Rest, als es sie erneut vor das Problem der Beteiligung an einem Bürgerblock stellte. Die Deutschnationalen Partei hatte ehemals versucht, auf rein politisch-weltanschaulicher Grundlage verschiedene Volksschichten zusammenzufassen. Aber ihre reaktionäre Politik führte dazu, daß zunächst die kleinen Landwirte, dann die Angehörigen und Beamten, schließlich die agrarischen Kreise schließlich rebellierten. Eugenbergs Katastrophenpolitik konnten den Kreisen nicht behagen, die nicht erst auf den Kaiser warten, sondern sich in der Republik häuslich einrichten wollten. Die deutsch-nationale Seele litt dauernd unter dem Zwiespalt zwischen idealem und materiellem Verlangen. Hohe Zölle, Begünstigungen für die Landwirtschaft, Abbau der Sozialpolitik, das waren Dinge, die man nur erreichen konnte, wenn man an der Regierung teilnahm, einen Bürgerblock bildete; aber an der Regierung teilnehmen, das hieß Erfüllungspolitik machen, den demagogischen und billigen Kampf gegen den Youngplan aufgeben, die besten Schläger zum alten Eisen werfen. Je nach Wunsch und Interesse gingen die einen dahin, die andern dorthin, und die Partei zerfiel in drei Teile. Dem der Rest der Wähler folgen wird, das ist die große Frage. Um das Risiko beim Lotteriespiel der Wahl zu vermindern, haben sich zwei der Spaltgruppen, die des Herrn Treviranus und die agrarische des Grafen Westarp zu einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen, die mit keinem andern Programm als dem der Bekämpfung der Sozialdemokratie in die Wahlen zieht. Sämtliche deutschnationalen Gruppen und Splitter werden aber zu all dem noch von den Nationalsozialisten bedroht. Eugenbergs hat seine Wähler so lange auf die radikale Phrase und auf den Köder des größten Blödsinns gedrückt, daß er es schwer hat, nun die Konkurrenz mit Hitler aufzunehmen.

Die Grundtendenz der Bewegungen im bürgerlichen Lager Deutschlands lief ohne Zweifel auf die Bildung einer rechtsradikalen Gruppe Hitler-Eugenbergs und eines Kapitäl-

listisch-agrarischen Blocks der Mitte von Westarp und Trebitz, die Volkspartei zu den Demokraten zu. Wirtschaftlich und politisch gehörte heute auch schon das Zentrum in diesen Block, doch hindert sein konfessioneller Sondercharakter die Verschmelzung. Nun ist aber die Einigungsbeziehung der Mitte heute noch nicht zur Bildung des großen Blocks reif und so treten uns auch hier nur neue Rotgebilde gegenüber.

Bemerkenswert und ein historischer Meilenstein in der Geschichte des deutschen Bürgertums ist die Selbstauflösung der Demokratischen Partei. Sie war in der deutschen Republik der letzte bürgerliche Erbe des alten 18er-Geistes und Programmes gewesen. Als sie unter Friedrich Raumanns Führung 1919 die Sammlung der alten Anhänger des bürgerlichen Freiheits und Fortschritts unternahm, sich rückhaltlos auf den Boden der Republik stellte und zu Schwarz-rot-gold bekannte, traf sie auf starke Sympathien in den verschiedensten Volksschichten. Arbeiter der Rirsch-Dunderschen Gewerkschaften, Beamte und Angestellte, bäuerliche Kreise Süddeutschlands, bürgerliche Intelligenzien und ein Teil des Finanzkapitals standen hinter ihnen, die große Presse, die Allstein- und Woskeblatter waren ihr dienstbar. Mit 77 Abgeordneten waren sie die drittgrößte Fraktion der Weimarer Nationalversammlung, der Schöpfer der Verfassung, Hugo Preuß, war ihr Mann, Rathenau stand ihnen nahe. Aber schon 1920 sank ihr Besitzstand auf 45 Mandate, 1924 infurierten sie noch 28, bei den Dezembervahlen mit einem kleinen Aufstieg noch einmal 32 Abgeordnete, 1928 waren sie mit 25 Mann nur noch eine kleine Fraktion. Diesmal hätte es voraussichtlich nur noch auf 15 Abgeordnete gereicht. Die Demokratische Partei wurde wie der Liberalismus aller Länder zwischen den Massenfronten zerrieben, in der Zeit verschärfter Klassenkämpfe war kein Platz mehr für sie.

Den Kapitalisten war die demokratische Partei bald zu lau in der Vertretung der Besitzinteressen. In der Zeit der Revolution schien sie kalmbierend und klassenveröhnend zu wirken. Nach der Inflation brauchte man sie nicht mehr und hielt sich an die Volkspartei. Den überzeugten Republikanern war die demokratische Partei keine sichere Gewähr für die Erhaltung der Demokratie. Kapp-Putsch, Hitler-Putsch und die Nordkampagne gegen die Linke hatten bewiesen, daß nur die organisierten Arbeitermassen dem Ansturm der Reaktion gewachsen waren. Den kleinen Leuten waren die Demokraten bald sozial nicht verlässlich genug. So bröckelte ihr Besitzstand ab.

Nun haben sie sich Hals über Kopf in eine neue Parteigründung gestürzt, bevor noch die alte Partei aufgelöst war. Der Vorsitzende der Partei wartete nicht erst den Auflösungsbeschluss ab, sondern machte sich zum Mitbegründer der Deutschen Staatspartei, die vorläufig aus Demokraten, aus der Volksnationalen Vereinigung Mahrbauns (vom Jungdo, dem halbvolkslichen Jungdeutschen Orden) und aus einigen Privatleuten liberaler Richtung besteht. Sie hofft

auf Zulauf aus den Reihen der Volksparteiler und hat, um die Liquidation des demokratischen Erbes recht deutlich zu machen, von vornherein erklärt, daß sie die Versöhnung von Schwarz-rot-gold und Schwarz-weiß rot anstrebe: also Kaiserflanze mit republikanischer Wösch. Wo die Grenze zur Volkspartei läuft, ist da kaum mehr ersichtlich. Die Trümmer beider Parteien werden einander im neuen Reichstag wohl vollends zur Verschmelzung nahekommen. Schon heute ist aber sicher, daß ein großer Teil der demokratischen Wähler den Schritt nach rechts nicht mitmacht, sondern seinerseits nach links abmarschiert. Der Führer der

Agrarische Wünsche und — Anregungen.

Die agrarische Presse sucht in nicht immer geschickter Weise die Öffentlichkeit dahin zu überzeugen, daß zugunsten der notleidenden Landwirtschaft weit mehr als bisher geschehen müsse. Ganz systematisch sucht man das Parlament dahin zu beeinflussen, daß zumindestens die neue Ernte gerettet wird, d. h. entsprechend hohe Preise erzielt werden.

Anlässlich einer Vorsprache des landbündlerischen Abg. Windisch erklärte Landwirtschaftsminister Bradac, daß mit Rücksicht auf die Krise der Landwirtschaft die Bestimmungen des Zollgesetzes in allen Teilen zur Anwendung kommen werden. Auch die Schaffung des vorgesehenen Beirats zur Beobachtung von Dumping-Maßnahmen fremder Staaten ist in Bearbeitung. Desgleichen ist bezüglich der internationalen Verhandlungen der Agrarstaaten alles vorgekehrt, um die Interessen der Tschechoslowakei zu wahren. In Angelegenheit des Handelsvertrages mit Ungarn gab der Minister der Zuvorsicht Ausdruck, daß die Verhandlungen rechtzeitig zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden, um einen vertragslosen Zustand zu vermeiden. Bezüglich der Erhöhung des österreichischen Hopfenzolles teilte der Minister mit, daß das Landwirtschaftsministerium alle Schritte eingeleitet habe, um die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustands zu erreichen. In der Aussprache nahm auch die Sicherung halbwegs auskömmlicher Getreidepreise für die heutige Ernte breiten Raum ein, wobei die Ansichten über die in Frage kommenden Möglichkeiten ausgetauscht wurden.

Damit sind aber die Wünsche und „Anregungen“ der deutschen Agrarier noch lange nicht erschöpft. Die in Kaaden abgehaltene Hauptversammlung des Land- und forstwirtschaftlichen Zentralverbandes nahm nicht weniger als 22 Resolutionen an, die sich mit agrarischen Forderungen befassen. Baldige Maßnahmen werden gefordert:

Für den heimischen Hopfenbau und betr. die Biersteuer, für den Grundbesitz im Bergbaubereich, zur Besteuerungspraxis zur Wiedereinrichtung der Grund- und Haussteuer in Krisenjahren, zur Umsatzsteuer-Korrekturen, gegen die Auflösung von Steuerämtern, für die Einführung von Steueramtstagen, für die Aufhebung der Kriegswucherbestimmungen, gegen die staatliche Elementararbeiten- und Viehverversicherung, zur Elektrifizierung der Landgemeinden, für die Wiedererrichtung des „kleinen“ Meliorationsfonds, für Verbesserung der Wasserversorgung der Landgemeinden, zum

Rirsch-Dunderschen Gewerkschaften und zweite Vorsitzende der Demokraten, Erkelenz, ist zur Sozialdemokratie übergetreten.

Die strategische Umgruppierung der deutschen Bourgeoisie dient dem Aufmarsch in neuer Front, in der Front des Klassenkampfes gegen die Sozialdemokratie. Die demokratischen Illusionen sind begraben, das nackte Klasseninteresse ist geblieben. Die arbeitenden Menschen werden über kurz oder lang erkennen, wohin sie in diesem Kampfe gehören. Je früher sie es begreifen, je rascher sie dem Beispiel Erkelenz folgen, um so weniger wird der deutschen Besitzklasse die Umgruppierung nützen.

Staatsvoranschlag zur Reorganisation des Beamtenkörpers des Landes Kulturrates, Deutsche Sektion für Arbeitsverbot für Jugendliche in Fabriken und Baubetrieben, für Errichtung der forstlichen und tierärztlichen Hochschule in Tetschen-Neubau, für Errichtung einer deutschen Mäckerfachschule in Bodenbach und zur Brände-Verhütung.

Wie man sieht, ist der Wunschzettel der Agrarier nicht gerade kurz. Soweit die einzelnen Forderungen den allgemeinen Interessen entsprechen und der ganzen Landwirtschaft nützen, läßt sich darüber diskutieren. Warum das Arbeitsverbot für Jugendliche nur für Fabriken und im Baubetriebe, nicht auch für die Landwirtschaft gelten soll, ist nicht schwer zu eraten: man will für den Großbauern und Großgrundbesitz billige und willige Arbeitskräfte gewinnen.

Die agrarischen Wortführer glauben ihrer Sache zu dienen, wenn sie bei ihrer Agitation gegen die — Sozialdemokraten wüßlos hantieren. Die meisten kleinen agrarischen Blätter tun das in ausgiebigster Weise. Bezeichnend ist es, daß auch Beamte des Landes Kulturrates nach Kräften die agrarische Politik vertreten. So spottet z. B. der Rat Lothring im „Dorfbote“ über das angebliche Verlangen im Prager Parlament, „Die Staatsverwaltung möge eingreifen und den Bauern einfach vorschreiben, was sie anbauen und erzeugen sollen.“ Natürlich hat derlei niemand verlangt. Herr Rat Lothring wettet trotzdem dagegen und proklamiert als obersten Grundsatz das alte Schlagwort vom „freien Bauer auf freiem Grunde.“ Das hindert aber nicht, den Staat und die nichtlandwirtschaftlichen Kreise für rein agrarische Interessen einzuspannen. Daß man während der agrarischen Agitation kein Wort zugunsten der spezifischen Interessen der Kleinlandwirte (Bäcker, Schenke, etc.) hört, ist nicht weiter verwunderlich. An die breiten Massen der Konsumenten, der Arbeiter oder gar der Arbeitslosen denkt man noch weniger.

Ein ganz radikaler Agrarier stellt im „Dorfbote“ nach seinem Geschmaack eine lange Liste bald zu erfüllender Forderungen und verlangt, daß die Reichsparteileitung des „Bundes der Landwirte“ bei Nichterfüllung der Forderungen einen mindestens ein halbes Jahr währenden Käuferstreik proklamieren soll, da mit Raunzen und Flehen nichts erreicht werde. Von der ungeheuren Schwierigkeit, der internationalen Agrarkrise erfolgreich an den Leib zu gehen (mit neuen Mitteln und Methoden, die den Agrariern nicht passen), hat dieser Dorfpolitiker kaum eine Ahnung und viele sogenannte führende Männer haben sie ebenfalls nicht.

Das reaktionäre Bürgertum sabotiert Schulbauten.

Aus Mähr.-Trübau wird uns geschrieben: Seit langem wird die Frage des Schulneubaus in der Stadtvertretung behandelt. Den Vertretern aller Parteien war es bis vor kurzem noch eine selbstverständliche Tatsache, daß der alte Schulbau in keiner Weise den Anforderungen entspricht und ein Neubau eine unumgängliche Notwendigkeit geworden ist. Als man vor Jahren daran ging, das Gymnasium in das Gebäude der Knaben-Volks- und Bürgerschule zu verlegen, spielte die Frage der Erhaltung dieser Mittelschule in Mähr.-Trübau die Hauptrolle. Auch der damals von dem Bürgermeister Steinbrecher zur Errichtung eines modernen Schulgebäudes in Aussicht genommene Platz fand die begeisterte Zustimmung der gesamten Bevölkerung. Wäre nicht das famose Gemeindefinanzgesetz vom Bürgerblod geschaffen worden, so wäre wahrscheinlich der Schulneubau schon längst errichtet. Als nun die Frage des Platzes für die neue Schule behandelt wurde, ergaben die ersten Abstimmungen, daß die Vertreter aller Parteien, mit Ausnahme jener von der Gewerkepartei, für den Vorschlag des Bürgermeisters waren. Nach dieser Abstimmung setzte nun ein Kesseltreiben ein, das für unser Bürgertum mehr als charakteristisch ist. Wir haben die Schul- und Kulturfürsorge unseres Bürgertums ja des öfteren schon festgehalten. Nun, da die Frage des Schulneubaus ernstlich gelöst werden soll, zeigt es sich, daß die alte Schulfürsorge und Rückständigkeit in unserem Bürgertum nach wie vor lebt. Um den Neubau zu verhindern, haben die reaktionären Gewerkepartei einen Antrag eingebracht, die Schule nicht auf jenen Platz zu errichten, der als der geeignetste im Vorschlag gebracht wurde. Und alle jene, die da aus dem christlich-sozialen, aus dem nationalen Lager bei der ersten Abstimmung ihre Stimme für den Vorschlag abgegeben hatten, stimmten das zweite Mal gegen ihr erstes Votum. Daraus geht eindeutig hervor, daß es sich um eine Komödie handelt, durch die mit allen Mitteln verhindert werden soll, daß die Schule überhaupt errichtet wird. Die frommen Kleinkalben scheuten sich nicht, in dem Bericht über eine Sitzung, die der Tribuner Bevölkerung den wahren Charakter unseres Bürgertums aufzeigte, zu schreiben, daß sich drei Tische der Stimme enthalten hätten. Sie zählten einen der ihnen, der den Mut aufbrachte, seine Stimme für einen solchen brutalen Akt von Kulturfürsorge nicht abzugeben, zu den Tischen. Der Stadtvertretung gehören nur zwei tschechische Mitglieder an! Nach dieser Abstimmung hat nun der Bürgermeister Steinbrecher, der selbst einer bürgerlichen Partei angehört, die ebenfalls gegen seinen Vorschlag gestimmt hatte, resigniert. Dadurch glauben nun die Bürgerlichen, eine weitere Verzögerung des Schulbaues herbeigeführt zu haben.

Die bürgerliche Presse aller Schattierungen versucht nun, durch unrichtige Berichte über die Bürgermeisterkrise die Öffentlichkeit irrezuführen. Daß ihr dies nicht gelingen wird, dafür wird die Bevölkerung von Mähr.-Trübau, die durch das kulturfeindliche und reaktionäre Verhalten der bürgerlichen Parteien auf das tiefste empört ist, schon Sorge tragen.

Die Fürstin und ihr Bandit.

Roman von Georg Strelöcher. 22

Deutsche Rechte Lh. Knorr Nachl. Verlag.

Birescu war auch durch den Außenminister von den Absichten des Amerikaners unterrichtet, von dem er wußte, daß er mit mir, als dem Vorstandsmittglied des „Vereins zur Hebung des Ansehens Rumaniens im Auslande und zur Förderung des Fremdenverkehrs“ verhandelt hatte.

Birescus Fragen legten mich in die peinlichste Verlegenheit. Er schien zu ahnen, daß ich Balaban nicht ganz zufällig aus der Einsamkeit nach Bukarest gelockt hatte. Er witterte Zusammenhänge, die er aufzudecken bestrebt war. Die Begeisterung, mit der man immer wieder im Auslande auf unsere Räuber zu sprechen kam, ärgerte ihn. Er wollte die Gesandtschaften veranlassen, entsprechende Berichtigungen an die Blätter zu versenden. Mir war es unmöglich, ihm reinen Wein einzugießen, da ich selbst nicht mehr ein und aus wußte. Seit die Fürstin Balaban nach Beltschew mitgenommen hatte, hielt ich das Projekt Mr. Stopings für undurchführbar.

Um so tiefer erschraf ich, als mir Stoping befehlte: „Alles geht gut. Bisher sechstausend Anmeldungen für Rumänien. Interesse hält an. Veranlaßt Balaban, von sich reden zu machen. Drahtet Ergebnis.“

Meine Verlegenheit wuchs von Tag zu Tag. Zu allem Ueberdruß ließ mich kurz darauf der Außenminister zu sich bitten, um Erkundigungen über den Stand der Fremdenverkehrsaktion einzugehen.

Unsere Legation aus Washington meldet, daß wir mit einem Massenstrom von Ameri-

lanern zu rechnen haben,“ sagte er, — ich freue mich darüber. Weniger erbaut bin ich aber über die Art und Weise, in der für unseren Staat in der amerikanischen und englischen Presse Reklame geschlagen wird.“

„Wieso?“ fragte ich, da ich keinen anderen Ausweg kannte, als mich dumm zu stellen.

„Aber lieber Bracu, ich denke, Sie haben die Artikel auch gelesen? Wir haben doch schließlich nicht nur Banditen in unserem Lande. Eine derartig einseitige Propaganda vernichtet doch unser Prestige. Es ist doch geradezu lächerlich, daß man nichts Besseres und Interessanteres über unser Land zu erzählen weiß.“

„Erzählen?“ verzerrte ich, „mir sind die Reklamemethoden Stopings ebenso peinlich. Aber ich sehe keine Möglichkeit, sie zu ändern.“

„Sie wissen doch, was der Bittorul gestern schrieb? Er macht der Regierung den Vorwurf, daß sie solchen Verleumdungen, die das Ansehen unseres Landes herabzusetzen geeignet seien, nicht mit Nachdruck entgegenrete. Der Ministerpräsident ist außer sich. Was sollen denn nur die Fremden denken? Wie stellt sich übrigens Ihre Verein zu dieser Angelegenheit? Wir müssen doch den Reisenden Gelegenheit geben, unsere Verhältnisse von der besten Seite kennenzulernen. Machen Sie uns doch Vorschläge!“

„Wir sind eben dabei, sie auszuarbeiten“, erklärte ich und war froh, als ich wieder gehen konnte. Am liebsten hätte ich Stoping telegraphiert, er möge mich in Zukunft ungeschoren lassen, sein Projekt mit Balaban sei nicht zu verwirklichen.

Dann aber überlegte ich es mir und sagte den Entschluß, nach Beltschew zu fahren, um noch einmal zu versuchen, die Sache ins Rollen zu bringen.

In der Zwischenzeit war Armand Dupré nach Bukarest zurückgekehrt. In der Tat hatte

er in Paris alle Vorbereitungen zu einer Eheschließung mit der Komtesse Czervary getroffen. In Bukarest fand er einen Brief Tatjanas vor, in dem sie ihm noch einmal erklärte, ihn unter keinen Umständen freigeben zu wollen. Er suchte mich sofort auf, um mich zu fragen, ob ich denn mit der Fürstin schon gesprochen hätte. Ich riet ihm, mit mir zu Tete hinauszufahren. Davon wollte er aber nichts wissen. Er hatte dem Grafen Czervary das Versprechen abgegeben, jede Verhinderung mit ihr zu vermeiden.

Am gleichen Tage kam die Prinzessin Vizjaticino, um sich mit mir über die Aktion Mr. Stopings zu beraten. Sie wurde fürchterlich wütend, als ich ihr erklärte, daß ich nichts unternehmen könnte, weil sich Balaban bisher geweigert hätte, das frühere Räuberleben wieder aufzunehmen. Sie war fest entschlossen, ihn verhaften zu lassen, wenn er nicht nachgeben wollte. Ich versuchte ihr auseinanderzusetzen, daß damit nichts erreicht wäre. Die gütige, alte Dame, die um ihren Anteil zitterte, beschwor mich, sogleich nach Beltschew zu reisen, um Balaban vor die Wahl zu stellen. Ich versprach es.

„Hören Sie, Ricu,“ sagte die Prinzessin, „wir haben nicht mehr viel Zeit zu verlieren. Ich werde mit Jonel und dem Außenminister sprechen und beide am Gewinn beteiligen. Die Regierung wird ein Auge zudrücken und uns keine Steine in den Weg legen. Verlassen Sie sich auf mich! Ich fahre noch heute ins Präsidium, um in der Angelegenheit Rücksprache zu nehmen. Räuber hin — Räuber her — man läßt nicht ein Vermögen zum Teufel gehen! Hauptsache bleibt, daß uns Balaban keine Geschichten macht. Wenn er sich dennoch weigern sollte, seine patriotische Mission zu erfüllen — na, Sie sollen sehen, wozu ich dann imstande bin...!“

So ging ich beruhigten Herzens.

Achtes Kapitel. Ein Mensch verschwindet, und niemand weiß wohin?

Doch die Ereignisse überstürzten sich.

Als ich am nächsten Morgen eben im Begriffe stand, die Redaktion zu verlassen, um direkt zum Bahnhof zu fahren, stürzte mir im letzten Augenblick ein Kollege nach, rief mich zurück und rief: „Denken Sie sich, Bracu! Eben kam ein Telegramm aus Beltschew! — An der Fürstin Tatjana Trubakow ist ein Verbrechen verübt worden!“

Ich prallte zurück. „Was erzählen Sie?! Woher wissen Sie denn?“

„Hier!“ Er hielt mir ein Depeschensformular unter die Nase.

„Seit heute nacht ist die Fürstin aus ihrem Schloß spurlos verschwunden“, sagte er.

„Verschwunden?“

„Ja — man nimmt eine Entführung an.“

„Eine Entführung — durch wen?“

„Balaban! Er ist ebenfalls verschwunden!“

„Das schließt mir noch. Ich stellte meine Handtasche auf den Boden und rannte in das Zimmer des Direktors, der mir schon an der Treppe entgegentrat.

„Ricu, was sagen Sie zu Tatjana?“ rief er, „ist das nun wieder ein Trid von ihr, um von sich reden zu machen — oder glauben Sie auch, daß wie man in Beltschew annimmt, ein Verbrechen vorliegt?“

„Welche Nachrichten liegen denn vor?“

„Nur ein Telegramm! Aber wir erwarten noch nähere Details. Man bringt Balaban mit ihrem Verschwinden in Zusammenhang.“

„Sollte Tete nicht vielleicht nach Bukarest gefahren sein?“

(Fortsetzung folgt.)

Weltwirtschaftskrise.

In der Reichsberger Zeitung vom 27. Juli 1930 befaßt sich ein Herr Ing. Eduard Fall mit dem Thema: „Warum Weltwirtschaftskrise?“ Der Artikelschreiber spricht die Ansicht aus, daß die jetzige Weltwirtschaftskrise deshalb heringebrochen sei, weil die Hand- und Kopfarbeiter schlecht entlohnt werden. Er schreibt wörtlich in seinem Artikel:

Die nahezu internationale Weltwirtschaftskrise kann ihren Grund demnach nicht nur in augenblicklich eingetretenen Störungen im gegenseitigen Gütertausch der Länder haben. Auch die Behauptung, es sei eine Überproduktion an Waren da, trifft nicht zu. Was aber die Wirtschaftskrise von Tag zu Tag verschärft, ist die immer größer werdende Zahl von Arbeitslosen und unbemittelten Menschen, die durchwegs dringend Bedarfsartikel aller Art benötigen, aber infolge Geldknappheit und Verarmung nicht in der Lage sind, etwas zu kaufen. Die aufgelaufenen Waren warten deshalb vergeblich auf Abverkauf, durch welchen die Industrie wieder neue Aufträge hereinbringen könnte. Schuld an der Verarmung aber tragen die schlechte Entlohnung, die man Kopf- und Handarbeitern seit Jahren zahlt. Weder der Beamte, noch der Angestellte und Arbeiter beziehen heute eine Entlohnung, die auf Grund des derzeitigen Lebensindex auch nur annähernd der Entlohnung vor dem Kriege gleich käme. Dabei ist das Tempo der Warenerzeugung nach dem Kriege durch die Einstellung neuerzeitlicher Maschinen und durch die Rationalisierungsmaßnahmen in den Industrien vervielfacht worden. Das bedeutet aber, daß der Werttätige nach dem Kriege an Bedarfsartikeln mehr verbrauchen müßte als vor dem Kriege, wenn sich Angebot und Nachfrage das Gleichgewicht halten sollen. Alle theoretischen Betrachtungen über die Möglichkeit, die derzeitige Weltwirtschaftskrise zu beheben, sind unwirksam, so lang man nicht den Willen hat, das Lebensniveau der werttätigen Volksschichten zu heben! Es wird nichts nützen, solange der Kreislauf des Geldes unterbrochen bleibt, kann die internationale Wirtschaft keine Besserung erfahren. Eines sollte man sich vor Augen halten, daß die breite Masse entsprechende Kaufkraft besitzen muß, soll die gewaltige Erzeugung an Fertigwaren den notwendigen Abfluß erfahren. Nicht umsonst heißt es, Geld muß rollen! Derselbe rollt es nicht, sondern ist an wenigen Stellen zu ungeheuren Summen aufgehäuft und damit der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt entzogen!

Der Verfasser hat sicher das Richtige getroffen. Es ist das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion, das die Krise verurteilt, es ist die Anarchie in der Erzeugung, die nicht Rücksicht nimmt auf den Bedarf, der tatsächlich vorhanden ist und der befriedigt werden müßte, sondern die nur den zahlungs-kraftigen Bedarf vor Augen hat. Von einer Überproduktion kann nie und nimmer die Rede sein. Weib doch ein jeder von uns, daß Tausende und Abertausende von Menschen nicht einmal das notwendigste Brot auf den Tisch bekommen, weil sie es nicht kaufen können. Es klingt geradezu grotesk, daß man von guten Ernten in den einzelnen Ländern spricht, und allen ist bekannt, daß man Waggonladungen von Getreide verbrannt hat und vieleicht wiederum verbrennen wird, während Arbeiterfamilien hungern müssen. Die Anarchie in der Erzeugung verschuldet es, daß Tausende von Arbeitern in allen Ländern Europas, und der Uebersee arbeitslos sind, daß Tausende von Arbeitern keinen Lohn bekommen, und so nicht in der Lage sind, die Erzeugnisse ihrer Arbeit zu erwerben. Eine Stagnation der Erzeugung ist die notwendige Folge dieser Tatsache.

Es ist zu verwundern, daß die „Reichsberger Zeitung“, das Organ des Fabrikanten Kofke, duldet, daß die Wahrheit in ihren Spalten Aufnahme findet, daß in diesem Blatte des Unternehmertums die wahre Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise verzeichnet wird. Mit noch mehr Freude wird sie aber die Entgegnung eines gewissen R. U. entgegengenommen haben, der sich in der Nummer vom 29. Juli 1930 gegen die Ausführungen des Herrn Fall wendet. Man höre:

Der Unternehmer, der von schweren Sorgen zermüht, und der, der schon dem Scheitern zum Opfer gefallen ist, wird trübe lächeln, wenn er solches liest! Woher die bessere Entlohnung nehmen? Man kann nicht behaupten, daß die Wirtschaft in den Händen von geistig Minderwertigen ruht — denn sonst wäre sie eben nicht in ihren Händen — und deshalb kann man auch nicht zugeben, ihnen einfach den Willen zur besseren Entlohnung ihrer Arbeitnehmer abzusprechen, wenn dadurch ihre Unternehmen zur Blüte gelangen würden!

Von Sorgen zermüht muß er lächeln. Wir können uns dieses Lächeln lebhaft vorstellen. Es ist wahrscheinlich das überlegene Lächeln über die Unberechenbarkeit der Arbeiter, die zur Zeit der Wirtschaftskrise, in der alles teurer ist, eine Lohnerhöhung und Arbeit verlangen. Der Herr Unternehmer, der also von Sorgen zermüht ist, hat ja sein Schäzchen hübsch im Trocknen: der Wirtschaftskrise ging ja eine Zeit der Konjunktur voraus, die ihm schöne Gewinne brachte. Mit den Sorgen der Herren Unternehmer wird es daher nicht so gefährlich sein. Und wenn schon! Das Unternehmertum ist es ja selbst, das durch seine Unverantwortlichkeit die Krisen verschuldet, das Unternehmertum ist

es ja, das anarchisch herrscht und die Krisen, also seine Sorgen, heraufbeschwört. Die Ursachen der Wirtschaftskrise sind im heutigen Wirtschaftssystem zu finden und die Wirtschaft wird auch nicht eher von derartigen Krisen befreit werden, bevor das System nicht eine Aenderung erfährt. Das steht auch der Herr R. U. ein, indem er schreibt:

„Wenn wir die Voraussetzung eines dauernd erhöhten Lebensniveaus der breiten Massen suchen wollen, müssen wir ungleich tiefer schürfen, denn geht es wohl um Gewaltiges — um das Weltwirtschaftssystem.“

Wenn auch das Deutsch nicht leicht verständlich ist, so kann man doch ahnen, was er sagen will.

Die Produktion dem Bedarf anzupassen — und beides dauernd hochzuhalten, das ist unsere Aufgabe! — fährt der Artikelschreiber fort, und damit ja kein Zweifel über seine Meinung

entsteht, schließt er seine Betrachtungen mit dem Stoßgebet:

Wäge dieser Weg so kurz und schmerzlos wie möglich sein — gefunden durch die Intelligenz der Oberschicht, und nicht lang und voll Wehns und Dringens, wie geboren aus der Verzweiflung der Niedrigsten!

Da wird man wohl vergeblich warten können, bis es der Intelligenz der Oberschicht einfallen wird, diesen Weg zu gehen. Wir durchleben ja nicht die erste Wirtschaftskrise, sondern es hat ihrer schon unzählige gegeben. Und noch nie ist es einem Intelligenzen der Oberschicht eingefallen, etwas zu unternehmen, um ein für allemal den Krisen ein Ende zu bereiten.

Dies wird aber nur dann der Fall sein, wenn die Produktion wirklich einzig und allein in den Dienst der Konsumtion, in den Dienst des Bedarfs, gestellt werden wird, und nicht in den Dienst des Profites. R. Z.

Ist Oesterreich ein Banditenland?

Heimatschutz-Mordkolonnen feuern auf Jugendliche.

Am letzten Sonntag haben bewaffnete und besoffene Heimwehrleute in Buntigam bei Graz ohne jeden unmittelbaren Anlaß, nur weil sie Arbeiter vor sich sahen, auf Arbeiter-Aussüßler, Festgäste, Frauen und Kinder 40 bis 50 Revolvergeschosse abgefeuert und dabei mehrere Personen mehr oder minder schwer verletzt. Vom selben Tage wird abermals aus Steiermark, eine neue Bluttat gemeldet. In diesem Falle waren es Jugendliche, halbe Kinder noch, die sich die Mordgrat der Heimwehrbanditen ausersüßelt hatte. Die echte Verbrechervernunft durchführte eine Gruppe dieser Heimwehr-Wegeleiter in Autos die Straßen des Gebietes um Fudendorf und die Reichsstraße, alle mit Revolvern bewaffnet. Um diese Zeit lehrte eine Gruppe von Jungsozialisten zu Fuß vom Grazer Jugendtag zurück. Schon in Gratorn fiel der Jugendtag auf, daß ein mit zwei Mann besetztes Motorrad vorbeifuhr, das drei weiter rückwärts folgenden Personautos fortwährend Signale gab. Hinter Gratorn war eines dieser Autos quer über die Straße gestellt, gleichzeitig kam auch von rückwärts ein Auto, so daß die Jugendgruppe eingeschlossen war. Hier unterblieb aber noch der Ueberfall, er erfolgte erst bei Beggau. Der Grazer „Arbeiterwille“ gibt darüber folgende Darstellung:

Als die Jugendschar zum Kilometerstein 10 auf der Reichsstraße kam, das ist dort, wo die Straße in die Mittelstraße an der Mur vorbeiführt, nachdem sie eine scharfe Biegung macht, tauchte von Beggau kommend, das ominöse Motorrad auf. Dieses Motorrad fuhr bis zur vorerwähnten Straßenbiegung, wie um sich zu vergewissern, ob die Situation rein ist, stoppte, der am Sozius sitzende Heimatschützer, erhob sich und gab mit ausgestreckter Hand Winkzeichen gegen Beggau. In diesem Momente fuhr ein Auto so knapp an die Jugendgruppe heran, daß alle 13 sich in die Böschungsläuden drücken mußten, um nicht niedergefahren zu werden. In diesem Augenblick

erhoben sich die sechs Insassen des ersten Autos und feuerten auf die Jugendgruppe.

als ob sie die Kinder der Reiche nach nieder-machen wollten. Die zu Tode erschrockenen Buben stürzten über die Böschung, wobei einige von ihnen in die Mur fielen. Die zwei anderen Autos

kamen knapp hinter dem ersten und deren Insassen feuerten ebenfalls aus großen Revolvern auf die stürzenden, vor Schreck erstarrten Jungen. Es war nur einem glücklichen Zufall zuzuschreiben, daß nicht alle schwerverletzt am Plage blieben oder ertranken. Als sich die Burschen von den Böschungen erhoben hatten und ihre Genossen aus der Mur gerettet hatten, mußten sie die traurige Wahrnehmung machen, daß einer der ihnen, eben der 18jährige Willi Wolfger, durch einen Streifschuß am Kopf verletzt worden war.

Die Autos mit den Verbrechern fuhrten blitzschnell nach Süden davon.

Der verletzte Jugendliche wurde von seinen Genossen zum Arzt Dr. Achleitner in Beggau gebracht, der ihn verband. Am späteren Nachmittag wurde der Junge durch die Frohnlentener Rettungsabteilung in das Landeskrankenhaus nach Graz gebracht. Daß es sich um eine planmäßige Jagd von Mördern auf die Jugendlichen handelte, geht aus der Tatsache hervor, daß sämtliche Insassen der drei Autos und des Indian-Motorrades

so verummumt waren, daß nur ihre Augen frei waren.

Schon vor dem Mordanschlag verübten diese Verbrecher ein Schurkenstück ähnlicher Art. Ein reichsdeutscher Jugendlicher wanderte allein gegen Brud. Außerhalb Beggaus fuhr an ihm das erwähnte Motorrad vorbei, gab ein Zeichen nach rückwärts, darauf stiegen zwei der Mörderautos heran, die Insassen sprangen heraus und mißhandelten den einzelnen mit Stöcken und mit Gummiknüeten, so daß er im Gesicht, am Kopf und an den Händen Verletzungen davontrug.

Mit Recht stellt der „Arbeiterwille“ die Frage:

Und das ist noch ein Staat der Ordnung? Schweigt da noch immer eine bürgerliche Presse oder erhebt sie nicht ein Schrei der Empörung und des Entsetzens über ein faszistisches Banditentum, das seine Gesinnung schon in Wegelagererei kundgibt und junge Menschen, die lustig und friedlich ihres Weges ziehen, mit Mord und Totschlag bedroht? Oder will man, daß dieses Beispiel Nachahmung finde oder daß die Bedrohten, die den gesetzlichen Schutz vermissen, zu eigenen Schutzmaßnahmen greifen?

um ihre eigenen körperlichen Ansichten zu verdammen.

Diese widernatürliche Einmütigkeit der Auffassungen über die schwerwiegenden „geschichtlichen Entscheidungen“ findet ihre natürliche Erklärung in den Ausschüssen aus der Partei und anderen schweren Maßregelungen, denen die Oppositionellen zum Opfer gefallen sind, die sich in der „Wahlkampagne“ und in der vorangehenden „Diskussion“ mit ihren Ansichten unvorsichtig hervorgewagt hatten: alle Andersdenkenden wurden dadurch von vornherein eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht. Und doch unterliegt es keinem Zweifel, daß es trotz dieses aufgezogenen Schweigens auch unter den über 2000 Teilnehmern des Parteitagess nicht wenige gab, die sich nur schweren Herzens zur „einstimmigen“ Bejahung aller vorgelegten Resolutionen pressen ließen. Dies wird schon dadurch bewiesen, daß man sich doch gezwungen sah, die drei prominentesten rechtsoppositionellen Führer in das ZK. und Rylow sogar in das Politbüro hineinzuwählen, obgleich der Parteitag ausdrücklich beschlossen hatte, daß von nun ab nicht nur die Propaganda der „rechten“ Auffassungen, sondern diese Auffassungen selbst mit dem Verbleiben in der Partei unvereinbar seien. Von allen Parteitagrednern und vor allem von Stalin selbst wurden aber Rylow und Tom-schik gerade dafür auf das größte geschmäht, daß sie nur von der Propagierung ihrer „faszistischen“ Auffassungen, nicht aber von den Auffassungen selbst abrücken, und Bucharin, der trotz aller Mahnungen den Parteitag keines Wortes der „Erklärung“ gewürdigt hat, hat noch vor kurzem in einem Artikel seine Ansichten für die er zum „Agenten der Bourgeoisie“ gestempelt wird, aufs Nachdrücklichste betont und entwickelt.

Bei dem geschilderten Charakter der bolschewistischen Parteitage ist es begreiflich, daß ihr

Grenzverletzung durch ein polnisches Flugzeug.

Warsenwerder, 30. Juli. Ein polnisches Militärflugzeug überflog am heutigen Vormittag gegen 11 Uhr 55 Minuten von Weisse Kommand, die Ortschaften Kanitzken, Weichselburg, Klein-Rebran, Stangenborn und Ruffenau im Kreise Warsenwerder. Das Flugzeug schlug dann die Richtung nach Graudenz ein. Die polnischen Beobachtungsstellen sind einwandfrei festgestellt worden.

Hauptinteresse stets nicht in den öffentlichen Sitzungen und offiziellen Reden lag. Die unwillkürlichen Äußerungen, Zwischenrufe der „einfachen“ Mitglieder, die Conloir-gespräche usw. trugen immer viel mehr zum Verständnis der wahren Ansichten, Stimmungen und Gefühle der Parteimasse und der wirklichen Lage der Dinge bei, als die obligatorischen Abstimmungen. Diesmal fehlte diese Quelle der Belehrung fast vollständig. Denn, wie früher vorher, tagte dieser Parteitag hinter dicht verschlossenen Türen: keine Zuhörer aus den Tribünen, keine ausländischen Korrespondenten, keine freie Berichterstattung auch in den Sonntagszeitungen und strengstes Schweigegebot für die Parteitagsglieder. Nur die offiziellen Berichte des Präsidiums durften veröffentlicht werden und alle Reportage wurde unter seine strengste Zensur gestellt. Man ist also einseitig nur auf diese dürftige Quelle angewiesen.

Zweieinhalb Wochen tagte der Parteitag: vom 26. Juni bis zum 13. Juli. Seinen eigentlichen Zweck hatte er aber schon in den ersten vier Tagen erfüllt, die dem Bericht Stalins über die Tätigkeit des ZK. gewidmet waren. Denn die einzige wirklich politische Frage der Tagesordnung war eben die Frage Stalin — die Frage seiner Stellung im Partei- und Staatsapparat, seiner persönlichen Diktatur, die jede kollektive Diktatur, sei es der arbeitenden Klassen, des Proletariats, der kommunistischen Partei oder wie sie noch heißen mag, tatsächlich aufhebt. Die Gegenjäger zwischen der sich überlebenden Diktatur und den sozialen Kräften des Landes und damit auch die Gegenjäger innerhalb der Diktatur selbst erreichen einen so hohen Grad, daß sie sich schließlich in einem einzigen Punkte, auf eine einzige Person zuspitzen: auch der „marxistischen“ Diktatur des Bolschewismus scheint es nicht gelingen zu wollen, diesen Stein des Anstoßes zu umgehen, über den bis jetzt noch alle revolutionären Diktaturen stolperten, um der Konterrevolution die Tore zu öffnen!

„Es lebe Stalin!“ — in diesen Ruf hatten alle Begrüßungen aus, mit denen der Parteitag eröffnet wurde. Und mit demselben Rufe wurde bezeichnenderweise der Parteitag geschlossen. Alle Redner priesen in den schwingendsten Worten das allumfassende Genie Stalins. Die rechten Führer haben kapituliert und treten in das neue ZK. eher als Geiseln, denn als aktive Politiker ein. „Das leninische ZK. unter Stalins Führung“ — diese neue Formel wurde von Stalin in seiner Schlussrede geprägt. Die Ueberindustrialisierung mittels der Ueberanstrengung und der Unterernährung der Arbeiter; die zwangsweise Kollektivierung und Entkultivierung des Dorfes; die Umstellung der gesamten Partei-, Gewerkschafts- und Staatsorganisation „mit dem Anblick zur Produktion“, d. h. ihre Ver-wandlung in einen zentralistisch geleiteten Apparat zur Expropriierung der Bauern und zur Aneignung der Leistung der Arbeiter; — alle diese Bestandteile der „Generallinie“ wurden vom Parteitage südenlos gutgeheißen. Die „Generallinie“ und mit ihr die persönliche Diktatur Stalins stehen fester als je zuvor.

Und doch scheint der allmächtige Diktator nicht ganz zufrieden zu sein. Und doch erklärt er die „oppositionelle“ Gefahr für bei weitem noch nicht gebannt: denn, sagt er in seinem Schlusswort, es stehen uns noch in Zukunft viele Getreideausbringungs-, Ausbauf- und manche andere „Kampagnen“ und mit jeder „Kampagne“ auch neue Schwierigkeiten bevor. Wer bürgt uns dafür, daß die heute geschlagenen und kapitulierenden Feinde nicht morgen diese Schwierigkeiten ausnützen werden, um ihr Haupt zu erheben? Welchen Wert hat also ihre Kapitulation?

In diesen Worten trifft Stalin den Nagel auf den Kopf. Denn hinter allen unbestreitbaren materiellen Erfolgen der „Generallinie“, hinter gewaltigen Getreidefabriken, Kraftwerken, Häfen und Eisenbahnen stehen Millionen lebendiger Menschen, auf deren Knochen diese Erfolge aufgebaut werden, die jahrelang schufteten und hungern mußten, damit der quasi-sozialistische Aufbau gelingen soll. Wie das deutsche Kaiser-tum in den letzten Kriegsjahren, hat auch die bolschewistische Diktatur ihren Götzen auf das „Durchhalten“ dieser Millionen gestellt. Ob ihr das besser gelingt? Und ob in seinem schwindelhaften Triumph Stalins nicht der höchsten Gipfel erklimmen hat, von dem ab es nur bergabwärts gehen wird?

Dies ist die Schicksalsfrage, nicht nur Stalins persönlich, sondern der ganzen bolschewistischen Diktatur. Eine Antwort auf diese Frage ist jedenfalls nicht in den „einstimmigen“ Beschlüssen des kommunistischen Parteitages zu suchen, sondern in den Stimmungen, in dem Wollen und Können der ungeheuren Menschen-massen, die „durchhalten“ sollen, nur um die geschichtlich überlebende Diktatur vor dem Unter-gang zu retten.

Der Parteitag der KPSU.

Von Theodor Dan.

Der 16. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist beendet. Wie alle derartigen bolschewistischen Veranstaltungen, war auch dieser Parteitag eher ein Massenmeeting, als eine wohlgeordnete und organisatorisch gegliederte Instanz der Parteieingebung: zahlte er doch nicht weniger als 2150 Mitglieder (1928 mit beschließender und 891 mit „beratender“ Stimme), von denen nur die allerwenigsten — fast ausschließlich die „Parteibonzen“ — die Möglichkeit hatten, nicht zum Worte, sondern nur zu einer Meinungsäußerung, zu irgendeiner selbständigen Betätigung zu gelangen. Dafür stand den „Führern“ eine fünf-, sechs- und siebenstündige, ja, Stalin sogar eine zehn-stündige Redezeit zur Verfügung!

Den Parteitag der geschichtlichen Entscheidungen nannte ihn „Browda“. In Wirklichkeit hatte dieser Parteitag überhaupt nichts zu entscheiden. Seine Aufgabe bestand ausschließlich darin, die ohne ihn in der zweieinhalb-jährigen Zwischenzeit zwischen zwei Parteitag-beschlüssen und die ganze bisherige Politik über den Kauf und Verkauf der „Generallinie“ ein-stimmig und ohne jede ernsthafte Prüfung gut-zuheißeln. Dieser seiner Aufgabe hat sich der Parteitag auch in der besten Weise entledigt. Quasi Stalin und dann in seiner Schlussrede K a l i n i n konnten mit der größten Genügsamkeit feststellen, daß auf diesem, auch in der Geschichte des Bolschewismus einzigartigen Parteitage über-haupt kein einziges irgendwie von der „General-linie“ abweichendes Wort zu hören war und daß die Führer der Opposition — Tom-schik, Rylow, U g l a n o w — nur dazu auftraten.

Das operierte Herz. Eine außerordentlich seltene Operation wurde im Grazer Landeskrankenhaus ausgeführt. Ein Angefallener hatte sich einen Schuß in die linke Brustseite beigebracht. Die Kugel war im Herz stecken geblieben. Da der Mann noch schwache Lebenszeichen von sich gab, entfernte der erste Assistent der chirurgischen Klinik das Geschloß und nähte das Herz und den Herzbeutel zu. Durch eine Bluttransfusion wurde der Blutverlust ersetzt. Die Operation ist geglückt. Die Ärzte hoffen, den Patienten am Leben erhalten zu können.

Der verschundene Kaffeehauspage. Der 15 Jahre alte Herbert Trunk, der im Admirals-Café am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin als Page angestellt war, ist unter sensationellen Umständen verschwunden. Allen Anschein nach ist er von einem Schweizer Flugschiffpilot namens Julian Jaquet entführt worden. Vor drei Wochen hatte Trunk zum ersten Male von seiner Bekanntschaft mit Jaquet erzählt und später mitgeteilt, daß der Pilot versucht hatte, ihn zur Teilnahme an einer großen Auslandsreise zu überreden. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß Jaquet Schweizer Staatsangehöriger und ein gewerblich tätiger Verräter ist. In Berlin hat er sein Hotelzimmer im Zentrum der Stadt verlassen, ohne seine Rechnung bezahlt zu haben.

Zehn blinde Passagiere. Bei der Einfahrt in den französischen Hafen Bayonne übergab der Kapitän des dänischen Dampfers „Britta“ der Polizei zehn Marokkaner, die nach 78stündiger Fahrt als blinde Passagiere entdeckt worden waren. Die Marokkaner behaupten, in der marokkanischen Hafenstadt Casablanca von einer Persönlichkeit, die zu nennen sie sich weigern, gegen eine Vergütung von 200 Franken heimlich an Bord gebracht worden zu sein.

Jeder Pole — ein Bad. Aus Warschau wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben: Im alt-hierarchischen Galizien pflegte man den Verbrauch an Seife als Maßstab für den Kulturgrad anzusehen. Diese These hat Schicht zum Prinzip seiner jahrelangen umfangreichen Reklame gemacht. Im neuzeitlichen Polen ist gegenwärtig das politische Schlagwort von der „moralischen Säuberung“ Trumpf, doch scheint man in letzter Zeit, da dieses Dogma an Wirkungslosigkeit zusehends einbüßt, wieder zu einer mehr physischen Auffassung des Reinigungsbegriffes zurückkehren zu wollen. So konnte ein großes polnisches Sonntagsblatt letzten die Meldung kolportieren, daß das Innenministerium die Vorlage eines Gesetzesprojektes beabsichtigt, das für alle polnischen Staatsbürger den Badezwang einführt: jeder Bewohner Polens soll dazu verpflichtet werden, wenigstens einmal im Monat ein Bad zu nehmen, und diese Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten soll der Kontrolle der Sanitätsbehörde unterliegen. Die technische Durchführung dieser Maßnahme denkt man sich etwa so, daß jeder eine Karte mit 2 Kopien erhält, die nach jedesmaligem Gebrauch abgerechnet werden. Vom Badezwang sollen Kinder bis zu zehn Jahren, ferner Bürger über 65 Jahre und endlich auch Kranke befreit sein. Personen, die ein Badezimmer in ihrer Wohnung besitzen, und von denen man mit Sicherheit annehmen kann, daß sie von demselben auch Gebrauch machen, sollen gleichfalls dem Badezwang nicht unterliegen. Arme erhalten die Bäder kostenlos. Hierzu bemerkt das Blatt, man müsse eine derartige Maßnahme, so sehr sie auch lobenswerte Ziele verfolgen mag, mit einigem Kopfschütteln ansehen, vor allem aber an ihre praktische Durchführbarkeit zweifeln, da in Polen die Bäder nur spärlich gefast sind und außerdem die Badeartenkontrolle unter den heutigen Verhältnissen für die „gebildeten Bürger“ eine neue Plage darstellen würde. Ein anderes Blatt, das sich ebenfalls den Kopf über den Sinn dieses Projektes eines anscheinend pfiffigen Bureaukraten im Ministerium für Volksgesundheit zerbricht, glaubt, des Pudels Kern gefunden zu haben, wenn es diesen „Anschlag“ des Staates auf die Reinigungsfreiheit der Bürger als einen gefährlich-schlaun Trick geistiger Zeisenerzeuger und Installateure entlarvt, die unter dem Deckmantel einer weltbeglückenden Kulturmission die Füllung ihres eigenen Geldbeutels erstreben.

Unschuldig im Zuchthaus.

Die Tragödie zweier amerikanischer Arbeiterführer.

New York, im Juli. (Eig. Bericht.) Der Gouverneur des Staates Kalifornien hat kürzlich sein vermeintlich letztes Wort über die Gnabengesehe der zu lebenslänglicher Zuchthaushaft verurteilten Arbeiterführer Tom Rooney und Warren Billings gesprochen. Danach bleiben die beiden Richter der amerikanischen Arbeiterbewegung unwiderruflich hinter den Zuchthausgittern, die sich vor mehr als 13 Jahren hinter ihnen geschlossen hatten. Die Entscheidung des Gouverneurs stützte sich auf den ablehnenden Entscheid der höchsten kalifornischen Gerichtsinanz, die die Schuldprüche im vollen Umfange aufrecht erhielt und überdies feststellte, daß den beiden Angeklagten im Jahre 1916 ein gerechtes und unparteiisches Verfahren zuteil geworden war. Zur Ehre des obersten Gerichtshofes Kaliforniens sei gesagt, daß wenigstens ein Richter den Mut besaß, dem von Klassenfeindschaft getriebenen Urteil seiner sechs Kollegen ein mutiges und warmherziges Nein entgegenzusetzen.

Was ist in Kalifornien ein gerechtes und unparteiisches Verfahren? Die Geschichte der beiden Gewerkschaftsorganisatoren, die der American Federation of Labor jahrelang nahe gestanden hatten, gibt darauf eine bereite Antwort. Beide waren wegen einer Bombenexplosion verurteilt worden, die im Jahre 1916 anlässlich eines patriotischen Umzugs im Zentrum von San Francisco zehn Personen tötete und über vierzig schwer verlegte. Billings wurde in einem überstürzten Gerichtsverfahren zu lebenslänglicher Zuchthaushaft, Rooney, der ältere, zum Tode verurteilt. Im letzten Augenblick änderte der damalige Gouverneur, auf die Vorstöße des Präsidenten Wilson hin, Moones Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus um. Dem elektrischen Stuhl war ein anderes sicheres Opfer entzogen worden.

Das ungewöhnliche Eingreifen des vielverehrten Präsidenten war nicht nur durch humanitäre Erwägungen veranlaßt. Die Umstände, die den Strafprozeß umgaben, waren so ungewöhnlich und das Beweismaterial so unzureichend, daß die Hinrichtung Moones einem glatten Justizmorde gleichgekommen wäre und Anlaß zu ersten Konflikten mit der im Kriegsjahr schwimmenden amerikanischen Arbeiterbewegung gegeben hätte. Nichtsdestoweniger war aus dem Zeugenaufmarsch klar ersichtlich, daß die Strafverfolgung der beiden nicht zum wenigsten ihren Grund in ihrer Tätigkeit als Gewerkschaftsorganisatoren hatte. Alle diese Momente veranlaßten den Präsidenten, seinen großen Einfluß für die Umwandlung der Todesstrafe Moones erfolgreich in die Waagschale zu werfen.

Die Jahre nach 1916 haben nur zu klar bewiesen, daß die Verurteilungen vor einem bewußten Justizschlupf wohl begründet waren. Spätere Untersuchungen förderten jowiel neues Material zutage, daß sogar der vorliegende Richter, der das Todesurteil über Rooney ausgesprochen hatte, in vorbildlicher Weise für die Begnadigung beider eintrat und öffentlich erklärte, er sei jetzt reiflos von ihrer Unschuld überzeugt. Keun der damaligen Geschworenen schlossen sich später dem Beispiel des Richters an und forderten in einem gemeinsamen Bittgesuche die Begnadigung der unschuldig Verurteilten.

Wie verhielt sich der große und mächtige Staat Kalifornien zu allen diesen Dingen, die in der ganzen Union eine Sensation verursachten? Der Gouverneur entschuldigte sich mit Berufung auf die kalifornische Strafgesetzgebung, die vorschreibt, daß Begnadigungen nur auf Empfehlung des obersten Gerichtshofes erfolgen können. Der Gerichtshof nahm sich seinerseits recht viel Zeit und fand endlich nach Jahren im dunklen Kammerlein heraus, daß die Verurteilung Moones und Billings' trotz aller Zweifel an ihrer Schuld zurecht erfolgt war. Die Richter fanden in ihrer Weisheit sogar heraus, daß Rooney und Billings, wenn sie auch nicht selbst die Bomben geworfen haben mochten, so doch zum mindesten wußten, wer die — übrigens nie erwiderten — Bombenwerfer gewesen waren. Alles das, wohl gemerkt, angesichts der Tatsache, daß die Beiden ausschließlich wegen

der Bombenexplosion verurteilt worden waren. — Demgegenüber stehen folgende Tatsachen fest:

Hauptbelastungszeugen waren Fred Ozman und John MacDonald, die ausfragten, Rooney und Billings zur Zeit der Explosion nahe der Explosionsstelle gesehen zu haben. Andere Zeugen sagten dagegen aus, daß sich die Arbeiterführer mehr als eine Meile von der Unfallstelle befunden haben. Nach Verkündung des Urteilspruches wurde Ozman einwandfrei des Meineides überführt und ihm nachgewiesen, daß er zur Zeit der Explosion überhaupt nicht in San Francisco gewesen war. Damit nicht genug, wurden Briefe zutage gefördert, die er an einen Freund in Illinois geschrieben hatte und in denen der letztere aufgefordert wurde, nach San Francisco zu kommen. Er könne sich durch seine eidliche Aussage, er habe Rooney und Billings am Explosionsort gesehen, recht viel Geld verdienen. Für Reisekosten würde er, Ozman, Sorge tragen.

Zuletzt Ozman, um den es dank der Bemühungen der Behörden nach kurzer Zeit merkwürdig still wurde. Andere Zeugen wurden in ähnlicher Weise diskreditiert, zahlreiche Bestechungsversuche und falsche Aussagen festgestellt. Kurzum, die mühselig aufgebaute Anlage begann wie ein Kartenhaus einzustürzen. Ihre einzige Säule war der zweite Hauptbelastungszeuge MacDonald, auf den sich die Bemühungen der Verteidiger zu konzentrieren begannen. Fünf Jahre später unterzeichnete MacDonald, ein Landstreicher und schwerer Raufkäufer, mit dem Zusammenbruche Ozmans vor Augen eine eidesstattliche Erklärung, in welcher er alles fröhlich widerrief und die Anklagebehörde der gewaltigen Erpressung seiner damaligen Aussagen bezichtigte. Kurze Zeit darauf verschwand er und konnte jahrelang trotz aller Bemühungen interessierter Kreise nicht auffindig gemacht werden. Sein Stillschweigen war auch allzu verständlich, da er eine Anklage wegen wissentlichen Meineides zu gewärtigen hatte. Ein Antrag, ihm zum Zwecke einer amtlichen Gerichtsausfrage Immunität zu gewähren, war von den Justizstellen abgelehnt worden, was natürlich dem Staate Kalifornien die erwünschte Gelegenheit gab, die Aussagen MacDonalds mit einer Handbewegung abzutun und es bei dem Zuchthausurteil gegen Rooney und Billings bewenden zu lassen.

Gouverneur und Gerichtshof machten sich daher die Sache sehr leicht und erklärten, daß MacDonald in seinem späteren Widerruf offensichtlich gelogen habe und nur die erste, vor Gericht abgegebene Aussage als glaubwürdig zu betrachten sei. Aber Notlügen haben kurze Beine. MacDonald ist vor wenigen Tagen in Baltimore unter einem angenommenen Namen auffindig gemacht worden und hat dort vor den Polizeibehörden eine neue Erklärung abgegeben, in der er seinen Widerruf voll und ganz erhält und sich bereit erklärt, nach Kalifornien zur Wiedergutmachung des Rooney und Billings' zugesagten Unrechts zurückzukehren. Es wird abzuwarten sein, was aus diesem neuen Stadium der Rooney-Billings-Tragödie herauskommt und wie weit die Behörden den Wunsch haben, die Gerechtigkeit zu Worte kommen zu lassen. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Justizsystem Kaliforniens lassen weitere Stepsis als geraten erscheinen.

Es kann jedenfalls keinem Zweifel unterliegen, daß Rooney und Billings heute in einem neuen Geschworenengericht ohne weiteres freigesprochen würden. Gerade das ist es aber, was die Amtsstellen am meisten fürchten und was sie bisher auf alle Weise um Wiederannahme des Verfahrens mit einem Nein antworten läßt. Rooney und Billings sind unbequeme Zeugen einer wild gewordenen Klassenjustiz und als solche nach der Ansicht der Mächtigen Kaliforniens am besten hinter Zuchthausmauern aufgehoben. Die höchste Gerichtsinanz des Staates hat dieses Verhalten als gerecht und unparteiisch bezeichnet. Gouverneur Young und seine Richter sollten sich aber seinen Augenblick im Zweifel sein, daß der Kampf um die Befreiung der beiden tapferen Klassenkämpfer, gleichgültig, wie die Episode MacDonald ausfallen mag, mit unerminderter Kraft weitergeht.

Kleine Chronik.

Die Radium-Schmach.

Künstliche Produktionsstodung. — Kapitalistische Preispolitik auf Kosten der Krebskranken.

Die Radiumfrage ist seit einiger Zeit erusthaft auch vom Völkerverbund aufgerollt worden. Die englische Regierung hat sich, nachdem durch große Sammlungen im Lande mehr als eine Million Pfund für Radiumbeschaffung aufgebracht worden war, an die zuständigen Stellen in Belgien gewandt mit der Frage, ob nicht eine Senkung des Preises des Radiums durch Vermehrung der Produktion möglich sei. Die zuständigen Stellen — also wahrscheinlich die Leitung der Compagnie du Katanga — haben darauf kurz und kühl erwidert, daß die Gewinne bei der Radiumgesellschaft nicht so groß seien, wie man annähme und daß eine Herabsetzung der Preise nicht in Frage komme.

Die heutige medizinische Wissenschaft ist mehr und mehr zu der Ueberzeugung gekommen, daß die schreckliche Krebskrankheit wirkungsvoll nur bekämpft werden kann, wenn genügende Mengen von Radium zur Verfügung stehen, das heißt, wenn alle Krebskranken eine Radiumbehandlung erfahren können. Das ist aber bei dem heutigen Preis des Radiums fast ausgeschlossen, denn der Preis für ein Gramm liegt etwa zwischen 600.000 und 800.000 Franken. Dieser Preis ist nun nicht etwa durch die Schwierigkeiten bei der Gewinnung des Radiums zu erklären oder durch den Mangel an Radium-Rohstoffen, sondern einzig und allein dadurch, daß man einen Radiumtrust geschaffen hat, der absichtlich die Produktion so niedrig hält, damit der Bedarf niemals durch das Angebot gedeckt und diese phantastisch hohen Preise jederzeit erzielt werden können.

Es ist ein ebenso trauriges wie gemeines Kapitel, das sich hier vor unsern Augen abspielt. Der große französische Forscher Curie fand dieses für die Gesundheit der Menschheit so wichtige Mittel, mit dem heute die Inhaber der Radiumtrust-Aktien Milliarden verdienen. Millionen von Krebskranken aber müssen heute ohne dieses Heilmittel dahinscheiden, weil seine Beschaffung unmöglich ist. Die Gattin des verstorbenen Entdeckers, die Witwensdederin, Madame Curie, mußte sich bekanntlich vor kurzem zu einer Reise nach Amerika entschließen, um zu versuchen, dort aus Freundeshänden einige Milligramm Radium für ihr Pariser Laboratorium zu erhalten. Eine strapaslosere Ausbeutung, als sie sich in dieser Radiumverwertung zeigt, hat es wohl kaum gegeben. Die Nachleute behaupten, daß in dem Hauptabzweiggebiet im belgischen Katanga in der Gegend von Haut-Katanga die Bedingungen für die Radiumgewinnung so günstig sind, daß man mindestens — zu einem Zehntel oder gar einem Zwanzigstel des heutigen Preises Radium in genügender Menge produzieren könne.

Überall in der Welt erhebt sich die Stimme der Entrüstung gegen dieses Geschäftsgebaren des Radiumtrustes. Der Professor der Chemie an der Sorbonne Ratonan hat kürzlich die Akademie der Wissenschaften darauf aufmerksam gemacht, daß die Milliardengewinne der Radiumgesellschaft allerletzten Endes aus den Liebesgaben und charitativen Sammlungen stammten, die für Krankenhäuser und den Sanitätsdienst aufgebracht würden.

Die Empörung wächst und der Radiumtrust wird auf die Dauer durch keine Gegenerklärungen die Verhältnisse länger verschleiern können, hat doch einer der Aktionäre der Compagnie du Katanga erst kürzlich öffentlich selbsterklärt, daß die Aktien der Katanga-Gesellschaft, die nominale einen Kurs von 500 Franken besitzen, heute an der Börse zum Preise von 195.000 Franken gehandelt werden. Gegenüber solchen Tatsachen werden weder der Katanga-Gesellschaft noch dem Radium-Trust irgendwelche Erklärungen etwas nützen. Die Aktien der Gesellschaft haben nach ihrem heutigen Börsenkurs einen Wert von insgesamt etwa 5 Milliarden Franken.

Es ist höchste Zeit, daß sich die Regierungen energisch mit diesem Problem beschäftigen, denn es geht nicht an, die Millionengewinne des Radiumtrustes mit dem Tod von Tausenden von Krebskranken zu bezahlen. C. W.

Zickelförmige Rasiermesser. Die ältesten Rasiermesser, die die Wissenschaft kennt, gehören der Steinzeit an. Sie bestanden aus Obsidianspänen. Man hat sie in Gräbern gefunden. In der Bronzezeit wurden dann in Südeuropa, Italien, Griechenland zweischneidige Bronzerasiermesser gefertigt, die fast wie Schwerter ausfielen. Später traten einschneidige an ihre Stelle. Die Rasiermesser waren im Norden allgemein verbreitet und hatte eine Form, die an die Zichel erinnert.

Die ältesten Sicherheitsnadeln. Eine Vorgängerin der heute allgemein üblichen Sicherheitsnadel war in grauer Vorzeit die sogenannte Bügelnadel, die fast die gleiche Gestalt hatte wie unsere Sicherheitsnadel, und die schon fast 2000 Jahre vor Christi Geburt verwendet wurden. Im letzten Jahrtausend v. Christi war sie allgemein verbreitet. Man hat sie in Gräbern, die Schliemann bei Troja ausgrub, ferner in Griechenland und auch in italienischen Abfallhaufen, gefunden. Die griechische Form, die genau der unserer Sicherheitsnadel gleicht, war bis zur Donau verbreitet. Diese Nadeln wurden in dieser Zeit aus Bronze gefertigt. In Spanien und Großbritannien hat man keine Bügelnadeln aus der Bronzezeit gefunden, dagegen in den skandinavischen Ländern. Später wurden sie auch aus Silber und aus Eisen hergestellt.

Gibt es eine erbliche Anlage zur Erkrankung an Tuberkulose?

(D. R. G. Z.) Die Wissenschaft von der Vererbung, deren Gesetze Gregor Mendel zuerst erkannt hat, bedurfte langer Zeit, um anerkannt zu werden. Mit dieser Anerkennung gewann sie aber auch praktische Bedeutung in ungeahntem Umfang. Das gesamte Züchtungsgewerbe benutzt die Mendelschen Gesetze; man kann mitunter mit mathematischer Sicherheit voraussagen, wie diese oder jene Bastardierung „mendeln“ wird. Nach diesen beobachtet man, wie Einwirkungen mechanischer und chemischer Art auf Kinder und Enkel vererbt werden. In letzter Zeit ist man dazu übergegangen, die Vererbung von Krankheitsanlagen zu erforschen, und zwar hat man sich besonders der Tuberkulose zugewandt. Es ist zwar schon lange, bevor man etwas von Tuberkulose wußte, von der Erbllichkeit der „Schwindsucht“ gesprochen worden; aber damals vermochte man weder diese Krankheit scharf von anderen ähnlichen Erkrankungen zu trennen, noch unterschied man zwischen Vererbung und Ansteckung. Jetzt kennt man zwar die Tuberkulose ihrer Entstehung und ihrem Verlauf nach so genau, wie kaum eine andere Krankheit. Man kennt die Tuberkulosebakterien als die Erreger der Tuberkulose.

Man weiß auch, daß die Ansteckung mit den Kochschen Bazillen allein noch nicht zur Entstehung der Krankheit führt, wenn der Körper nicht außerdem eine gewisse Krankheitsbereitschaft aufweist. Aber über diese Krankheitsbereitschaft besteht noch eine erhebliche Unklarheit, wie man überhaupt in der Erforschung der körperlichen Anlagen, von denen die Krankheitsbereitschaft einen Teil bildet, noch im Dunkeln tappt.

In dieses Dunkel etwas Licht hineinfallen zu lassen, hat sich Professor von Verschuer zur Aufgabe gemacht, der in der Berliner Medizinischen Gesellschaft über seine „Erbuntersuchungen an tuberkulösen Zwillingen“ sprach. Die von ihm bearbeiteten Fälle sind nicht sehr zahlreich, da auf 80 Einzelgeburten nur eine Zwillingengeburt fällt; immerhin standen ihm 75 Zwillingspaare zur Verfügung, von denen entweder beide oder ein Partner an Tuberkulose erkrankt waren. Der Vortragende unterschied seine Zwillingspaare danach, ob sie ein- oder zweieiig waren; d. h. ob die beiden Zwillinge aus einem Ei entsprungen waren, oder ob jeder aus einer besonderen, aber gleichzeitig befruchteten und entwikelten Keimanlage stammte. Die Unterscheidung ist durch genaue Ähnlichkeitsprüfung verhältnismäßig leicht zu fällen. Er trennte seine Fälle ferner danach, ob die Erkrankungen nach der Art und nach der Zeit des Krankheitsbeginns übereinstimmten, oder ob sie voneinander ab-

wichen. Dabei zeigte es sich, daß die eineiigen, also aus einer einzigen Keimanlage herrührenden Zwillinge zu mehr als zwei Dritteln gleichzeitig und gleichartig erkrankten; zum Teil waren die Erkrankungsformen des einen Zwillinges geradezu Spiegelbilder der Krankheit des anderen. Diese Eigenheit blieb bis in das hohe Alter erhalten. Bei den zweieiigen Zwillingen war diese Übereinstimmung in der Jugend angedeutet, wenn auch wesentlich geringer; nach dem 20. Lebensjahr war bei ihnen keine Ähnlichkeit der Erkrankungen mehr festzustellen.

Damit ist also mit großer Wahrscheinlichkeit bewiesen, daß die Krankheitsbereitschaft bereits in der Keimanlage enthalten ist und sich im späteren Leben selbst in Einzelheiten auswirkt; auch dann, wenn die Zwillinge getrennt voneinander in verschiedenen Lebensumständen aufwachsen.

Mit diesem Ergebnis ist ein Anfang gemacht, um die Vererblichkeit von Anlagen einwandfrei festzustellen. Vielleicht gelingt es mit Hilfe der Erbforschung auch die gesamte Konstitutionstypenfrage, das Rätsel der Entartungserscheinungen, aber auch die Frage der Unempfindlichkeit gegen Ansteckungen (Immunität) zu klären.

Eine Neuheit auf dem Gebiete der Schallplatten-Erzeugung. Die Schallplatten-Fabrik „Foresta“, A. G. in Prag, wird in Kürze eine interessante Grammophonplatten-Neuheit auf dem Markt bringen: die biegsame, elastische, unzerbrechliche Schallplatte. Erst kürzlich hat, wie bekannt, die „Foresta“-A. G. ihre Tätigkeit auf das Gebiet der Grammophonplatten-Produktion ausgedehnt und in sehr kurzer Zeit eine große, ausgezeichnete, moderne Anlage in Prag VII errichtet, die mit den besten und neuesten Spezialmaschinen ausgestattet ist. Wie schon erwähnt, wird diese Grammophonplatte elastisch und unzerbrechlich sein. Durch das Erzielen dieser Eigenschaften wird einem der größten Mängel der bisherigen Schallplatten gesteuert. Eine weitere, überaus günstige Eigenschaft der neuen Schallplatte wird ihr geringes Gewicht sein. Die einzelne Platte wird 10 Tola wiegen. Da es immer mehr Sitte wird, Grammophone auf Reisen, Ausflüge und Wanderungen mitzunehmen, wird die Neuheit der „Foresta“-A. G. aufs wärmste begrüßt werden, da sie in die Lage versetzt, eine beliebige Menge Schallplatten mitzuführen. Die neue Schallplatte, die von diesem Unternehmen hergestellt wird, eignet sich sehr gut für Kofferapparate, sie erfordert auch keine besondere Söhne, wegen der oben erwähnten Eigenschaften und wegen ihrer Widerstandsfähigkeit gegen Witterungs- und andere äußere Einflüsse. Sie kann mehrere Male mit derselben Nadel gespielt werden. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß bei der Erzeugung der Hauptwert auf die reine, deutliche und natürliche Tonwiedergabe gelegt wird. Um vom Auslande und von Südländern aller Art unabhängig zu sein, wurde eine Einigung mit der „Esa“, S. m. b. S. in Prag, erzielt, demzufolge diese Gesellschaft ihre modernste Galvanoplastik, Kunst-Aufnahme-Apparatur und Ruffräume zur Verfügung stellt. Diese Apparaturen stellen das modernste und neueste auf dem Gebiete des Apparaturbaues dar und sind überhaupt die ersten ihrer Art in der Tschechoslowakei. Die Einrichtung der Schallplattenmusik im Auslande und exportiert ein erstklassiges Produkt. Die Anlage der „Foresta“-A. G. ist auf eine großzügige Massenproduktion eingestell. Mit dem Verkaufe wird schon begonnen.

Bereitet die Arbeiterpresse.

Heilung durch Dauerschlaf.

Die Behandlung der Geisteskrankheit hat in der Medizin in neuerer Zeit außerordentlich starke Wandlungen durchgemacht. Die Methoden der Behandlung der Geisteskranken sind gegen früher sehr stark verändert und verbessert. Ein besonderes Problem stellt noch die Anwendung des Dauerschlafes dar, den die moderne Psychiatrie an die Stelle freiheitsbeschränkender Maßnahmen für erregte Geistesranke gesetzt hat. Mit diesem Problem beschäftigte sich Privatdozent Dr. W. Enke von der Universität in Marburg in verschiedenen Aufsätzen. Er erörtert vor allen Dingen die Frage, worin eigentlich die Wirkung des Dauerschlafes besteht. Die älteste Theorie geht davon aus, daß die Kranken im Dauerschlaf hilflos und schmerzbedürftig werden. Durch die in der völligen Ruhestellung stark empfundene Hilflosigkeit werde ein stärkerer Rapport des Arztes mit dem Kranken bewirkt, so daß sich die Möglichkeit weiterer heilender Beeinflussung eröffnet. Die Erklärung genügte jedoch in mander Beziehung nicht und so suchte man nach neuen Erklärungen die Wirkung der durch chemische Mittel erzeugten Narose. Eine reifliche Erklärung dieser Frage ist bisher noch nicht möglich gewesen, zumal ja die Medizin gerade in der Psychiatrie vor einer Fülle ungelöster Geheimnisse steht. Man ist jedoch inzwischen zu der Auffassung gekommen, daß die Wirkung des Dauerschlafes nicht nur in rein psychischen Momenten zu suchen ist, sondern auch von konstitutionellen Momenten abhängig zu sein scheint. Aus dieser Tatsache zieht Dr. Enke die praktische Schlussfolgerung, daß in der Dauerschlafbehandlung eine therapeutische Erregung nicht nur für wenige Stunden wie bisher zu bekämpfen, sondern sie auch manchmal gänzlich zu beseitigen. Diese Behandlungsmethode würde in der Tat eine so außerordentlich wichtige: Vermehrung der Hilfsmittel der bisher an Heilmitteln noch sehr armen Heilbehandlung der Geisteskranken bedeuten, daß man ihr auch weiterhin größte Aufmerksamkeit widmen müssen. Die bei der Anwendung starker Narkotika entstehenden Gefahren glaubt Dr. Enke durch einen Wechsel der narkotika Mittel beseitigen zu können. Von sehr wesentlicher Bedeutung ist nach seiner Ansicht bei dieser Behandlung noch die Erzielung eines möglichst langen Nachschlafes nach der eigentlichen Narose, wobei man aus der Praxis weiß, daß die Regelmäßigkeit und Ausdehnung des Nachschlafes wesentlich davon abhängt, daß der Zwangsschlaf möglichst plötzlich eintritt, während er fehlen kann, wenn dasselbe Mittel in zu geringer oder geteilter Dosierung gegeben wird. Man wird also durch ein genaues Studium der Dosierungsfrage und der Wirkung der verschiedenen Narkotika auf die verschiedenen Konstitutionstypen der Geisteskranken allmählich dazu kommen, die Dauerschlafbehandlung zum Wohl der Geisteskranken immer mehr zu vervollkommen und auszugestalten. Dabei kann man nicht erwarten, daß die chemisch-pharmazeutische Industrie etwa ein Schlafmittel herstelle, das alle die gewünschten Wirkungen erzielt. Man muß vielmehr auf Grund der ärztlichen Erfahrung die richtige Dosierung und Kombination der verschiedenen vorhandenen Mittel vornehmen, um einen möglichst starken Heilerfolg der physischen Erkrankung herbeizuführen, ohne doch eine Schädigung des allgemeinen Organismus zu bewirken. M. G.

Sport • Spiel • Körperpflege

Vom Arbeiter-Turn- und Sportbund Deutschlands.

1. Sitzung des Bundesvorstandes nach dem Bundeskongress.

Der Bundesvorstand hielt am 25. Juli in Dresden im prächtigen Kreisheim seine erste Sitzung nach dem Bundeskongress ab. Er beschäftigte sich mit den Wahlen zur Leitung, nahm die Berichte entgegen und nahm Stellung zur gegenwärtigen Lage im Bund. Die Wahlen ergaben einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Vertraulich ist die weitere Zunahme der Bundesvereine um 148 von 6811 auf 6959 Vereine — trotz der geradezu fieberhaften Wählerlei der kommunistischen Opposition. Eine Reihe neuer Ausschüsse durch den Bundesvorstand wurde einstimmig gebilligt und die neuen Beschlüsse des Bundeskongresses eingehend besprochen. Der Arbeitsplan der Bundesleitung für 1931, der 20 Punkte vorsieht, wurde genehmigt mit dem Wunsch, bei Besserung der wirtschaftlichen Lage die Anzahl der Kurse noch zu erhöhen. Die internationale Bewegung schreitet ebenfalls vorwärts, trotz Faschismus in vielen Ländern. Das 2. Olympia 1931 in Wien verspricht einen gewaltigen Umfang und reibungslose Durchführung. So ist die gesamte Bewegung in Anbetracht der wirtschaftlichen Krise, der Wählerarbeit der Kommunisten und dem Wüten des internationalen Faschismus geradezu glänzend zu nennen. Eine gemeinsame Festigung der Internationalen Hygiene-Ausstellung am 26. Juli stellte mit Befriedigung die hervorragende Ausstellung des deutschen Arbeitersports im Rahmen der Gesamtveranstaltung fest. Der gesamte Bundesvorstand beteiligte sich auch am 25. Juli vormittags an der Eröffnung des bisher gewaltigsten radsportlichen Ereignisses, des Bundesfestes vom Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“ in Dresden.

Gleichheit Ludowik verlor Samstag und Sonntag im Leipziger Bezirk. Im ersten Spiege gegen Borussia-West verlor Gleichheit 4:0 und auch gegen Markranstädt am Sonntag konnte eine Niederlage nicht verhindert werden. Gleichheit verlor 2:5, obwohl sie bis zur Pause mit 2:1 in Führung war.

Arbeiterportklub Komern spielt: Sonntag in Oßershausen (Sachsen) und wurde 6:0 geschlagen.

Die belgische Fußballmannschaft Centre Brüssel spielte gegen Fortuna Düsseldorf 1:1 (1:0). Bei den Belgiern gefiel das schnelle Zuspitzen. — Gegen die Bezirksmannschaft Minden verlor Centre Brüssel 4:1 (1:0). Die Belgier waren bestimmt nicht um drei Tore schlechter, aber die Bezirkself verstand es, besser die Torlegenheiten auszunutzen.

Rürnberg-OK, der deutsche Bundesmeister im Fußball, trug im Hamburger Gebiet drei Spiele aus. Der Bundesmeister gewann gegen Bergedorf 85 mit 6:3 (3:1) und gegen Hertha Harburg mit 5:1 (1:0). Das Spiel gegen Komot Blankensee endete 3:3, bis zur Pause führte Komot 1:0. Alle Spiele trugen einen starken werbenden Charakter und wurden sportlich einwandfrei durchgeführt.

Städteispiele. Ueberraschend kommt die Nachricht von dem 8:0-Sieg der Braunschweiger Städte-mannschaft über Magdeburg. Das frühzeitige Ausloswerden der Magdeburger verursachte die hohe Niederlage. — Die Städtevertretungen von Chemnitz und Dresden trennten sich nach einem glänzenden Kampfe 2:2 (1:2).

Ländermannschaft Polen gegen Kreisermannschaft Schlesien 1:5 (0:1). Diese Begegnung fand am Sonntag in Breslau im Rahmen des 3. schlesischen Kreisfestes statt. Polen, das am Sonntag in Warschau ein Länderspiel gegen Oesterreich austrug, mußte mit Erfolg antreten, der sich aber ganz gut bewährte. Die Niederlage, die Polen erlitt, ist in dieser Höhe unbedeutend. Sie ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß der polnische Ansturm sich der Flügelstürmer zu wenig bediente

Leuchtende Tiere.

Es gehört mit zu den wunderbarsten Naturerscheinungen, daß es verschiedene Tiergattungen gibt, die eine von sich ausgehende Leuchtkraft besitzen. Diese Erscheinung ist in hervorragender Weise in den tropischen Ländern zu beobachten. Aber auch bei uns gehört sie nicht zu den Seltenheiten. Wer hat wohl nicht schon in linden Sommernächten jene mit dem Schimmer der Romantik umwobenen kleinen Leuchtfliegen ihre geheimnisvollen Kreise ziehen sehen? Wohl jeder hat die eigentümliche Erscheinung schon beobachtet, doch wissen die wenigsten etwas von Wesen und Verbreitung dieser animalischen Beleuchtungsart. Wertwürdigerweise sind die größten Leuchtspender im Tierreich nicht die Land-, sondern die Seetiere.

Wer die Leuchtspiele der Seetiere beobachten will, der muß sich in einer milden Sommernacht einem Fischerboot oder einer Segelyacht anvertrauen. Kommt er auf die hohe See, dann werden sich ihm Wunder ereignen, die einem Märchen aus tausend und einer Nacht entnommen zu sein scheinen. Je ruhiger die See, desto klarer wird sich ihm das Märchenbild entrollen.

Da sind vor allem die Quallen und Manteltiere. Wie kleine feurige Schwämme schaukeln sie sich in den sich rhythmisch bewegenden Wellen.

Noch wunderbarer ist das Leuchten der Muschelkrebse. Wenn sie in ganzen Schwärmen auftreten, was gar nicht selten vorkommt, dann erzeugen sie das sogenannte Meeresleuchten. Man hat auch, wenn so ein ganzer Zug von Tintenfischen wenig unterhalb der Meeresfläche entlangzieht, in der Tat die Illusion, als ob das Meer leuchte.

Die Tintenschnecken besitzen gleichfalls ein eigenes Leuchtorgan. Und doch erscheint ihre „Leucht-

anlage“ bescheiden gegenüber dem Leuchtwert, mit dem die Euphasiden ausgestattet sind. Diese kleinen Seevögel haben von Mutter Natur gleich einen Scheinwerfer mitbekommen, der sie in den Stand setzt, das nasse „Gelände“ zur Sicherung gegen feindliche Angriffe oder zur Erzielung eigener Beute abzuleuchten. Dieser Leuchtapparat ist geradezu wunderbar gebaut. Während an der Brust der Seevögel sich die Leuchtquelle befindet, sitzt an ihrem Bauche eine linsenähnliche Verdickung, die sie hin- und herschieben können. Ältere Forscher haben diese Verdickung als ein Auge an, in Wirklichkeit ist sie jedoch ein Bestandteil des Leuchtorganismus, der es dem Tiere ermöglicht, seine Leuchtstrahlen nach allen Seiten zu werfen.

Die „Giganten“ am Ziel. Die „Tour de France“, das größte Radrennen der Welt, dessen Teilnehmer man die Giganten der Landstraße zu nennen pflegt, wurde soeben beendet. Die Veranstaltung war heuer auf eine neue Basis gestellt. Von den teilnehmenden Ländern — Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien und Spanien — durfte jedes nur eine Mannschaft von sechs Fahrern stellen. Der Sieg wie auch der Mannschafts-sieg fiel an Frankreich. Leduc legte die 4400 Kilometer lange Strecke in 172:16:16 zurück. Der erste Deutsche war Schön auf dem 10. Platz.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Heute, Donnerstag, den 31. Juli, um 6 Uhr abends im „Sozialdemokrat“ Sitzung der Bezirkssekretäre.

Bereinsnachrichten.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag. Freitag, den 1. August, wichtige Besprechung aller Funktionäre und Mitglieder auf der Gehirnsel (Neuer Sportplatz). Wir ersuchen alle Mitglieder auf das dringendste, bestimmt zu erscheinen.

Der Film.

Der Weg nach Hollywood.

Der russische Regisseur Sergei Michailowitsch Eisenstein, der Schöpfer der Filme „Panzerkreuzer Potemkin“, „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ und „Die Generalin“, hat seiner Heimat den Rücken gewendet und ein Engagement in Hollywood angenommen. Der Mann, der den Ruhm der neuen russischen Künste begründet hat, der der Stolz der Sowjetunion war, verläßt Rußland, angeblich, weil nur Hollywood ihm die Möglichkeit eines von technischen Widrigkeiten befreiten künstlerischen Schaffens bietet. Als die großen deutschen und schwedischen Regisseure Murnau, Dupont, Lubitsch, Feyder und Stiller nach Hollywood ausgewandert, brachten sie dasselbe Argument zu ihrer Verteidigung vor. Zwischen den Aeltern in Hollywood aber und den Glashäusern Europas besteht noch ein anderer Unterschied als der der vollkommeneren oder unvollkommeneren technischen Einrichtung: ein Unterschied des Geistes. Wie groß ist erst der Unterschied zwischen Hollywood, der Zentrale des kapitalistischen Films, und den Aeltern in Leningrad, Moskau, Riew und Odessa! Alle, die die Fahrt über das Meer antreten, um in Hollywood, der fleischlichen materiellen und technischen Sorgen ledig, filmisch schaffen zu können, mühen vor dem Ungeist der Kirchmetropole über kurz oder lang die Wägen strecken. Dupont verließ Hollywood nach der Vollendung eines katastrophalen Schmachtfetters, Murnau mußte nach dem „Sonnenaufgang“-Film Rückschritte drehen, Stiller wurde von einem gültigen Tod davor bewahrt, in die Tiefen des Hollywood-Schmacks zu sinken, Feyder enttäuschte, und Lubitsch, der scheinbar am längsten standgehalten, macht Konzessionen über Konzessionen, so daß man von seiner Persönlichkeit und seiner Kunst kaum eine Spur mehr findet. Ueber Ehrgeiz und Geizhals der Künstler steigt aushalmlos der Rißgeist von Hollywood; den einen zermürbt er langsam, den andern vernichtet er schon beim ersten Ansturm.

Wird Eisenstein den Gewaltigen von Hollywood gemessen sein? Er hat mehr zu verteidigen als seine Künstlerkraft; er hat seinen revolutionären Geist zu verteidigen. Ist der Weg nach Hollywood eine Flucht vor den schweren neuen Problemen, vor die der Tonfilm Filmrußland stellt? Eisenstein kennt Hollywood genau genug, um zu wissen, daß er dort keinen Film seiner Weltanschauung drehen kann. Der große Theoretiker und Praktiker des revolutionären Films und Hollywood — das sind zwei Welten, durch einen Abgrund getrennt. Der Film umfagt Eisenstein auch in Hollywood Neues und Wertvolles zu geben haben; für den revolutionären Film, und das gilt mehr, ist sein Abgang nach Hollywood ein schwerer, vielleicht unerlegharer Verlust. F. R.

Literatur.

„Die Bestie erwacht.“ Roman von Liam O'Flaherty. Verlag S. Fischer, Berlin. Jemandem in Flandern auf einem kleinen Abschnitt der Kriegsfrent. Inmitten der ungeheuren Massen-Tragödie die Tragödie von ein paar Einzelnen. Ein Unteroffizier treibt hier sein Unwesen, wie es ihrer Hunderte und Tausende gab und immer geben wird, so lange es einen Militarismus und Krieg geben wird. Der Vorgefesselt und sadistische Reigen treiben diese Art zu Mißbrauch der Disziplin, Mißbrauch ihrer Macht. Wer, der die Segnungen des Militarismus am eigenen Leibe zu fühlen bekommen hat, könnte nicht ein Lied davon singen! Die böartigen Schikanen eines solchen militärischen Antlers und der Krieg überhaupt, sie bilden in diesem Buche aber nur den Rahmen für die Darstellung der menschlichen Leidenschaften: Die Bestie erwacht — sie erwacht unter der Einwirkung der furchtbaren Drangsale, der maßlosen Strapazen und all des Schrecklichen, das der Krieg über die Menschen bringt, nicht zuletzt durch das Vorgehen des gemeinen Kerls von Unteroffiziers. Gunn ist ein schlechter Soldat, in dem der Haß gegen diesen Peiniger lodern emporkwächst, als dieser seine viehischen Instinkte an einem Schwächling unter den Soldaten seiner Mannschaft austobt und Kolere bricht in Gunn aus, als sein Schützling den Tod erleidet. Was ist ihm da der Feind — er fühlt nur sein lodern des Rachegefühls und mit seinen Händen erwürgt er den Unteroffizier. Gunn selbst wird durch deutsches Maschinengewehrfeuer „zur Strecke gebracht“. So endet die erschütternde Tragödie von O'Flaherty meisterhaft erzählt.

„Arbeiter in USA.“ Von S. Dubreuil. Einzige berechtigte Uebersetzung aus dem Französischen von Dr. Hans Raubers. 372 Seiten. Kart. 1.50 Mk. Verlag Bibliographisches Institut AG, Leipzig. Ein französischer Arbeiter und Gewerkschaftsführer ist mit offenen Augen durch die Fabriktürme der Neuen Welt gegangen, — nicht als müßiger Zuschauer, sondern als Werkmann, der sich sein Brot fauer verdienen mußte. So entstand ein Bericht über das wahre Gesicht Amerikas, wie ihn weder europäische Globetrotter noch die Amerikaner selbst geben können: Die Atmosphäre der Werkstätten weht uns fast physisch fühlbar entgegen, wir stehen mit Dubreuil am laufenden Band, sehen die Organisation der Fabriken von unten, bekommen Einblick in die sozialen Verhältnisse, das häusliche Leben, die Arbeiterverbände. Köstlich ist seine Schilderung von der Stellungnahme und vom Leben im boarding-house, der „möblierten Schlafstelle mit Verpflegung“. Leider unterläßt es der Autor, auch die politische Einstellung des amerikanischen Arbeiters in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen. Das Buch ist wie ein spannender Roman geschrieben und bedeutet doch unendlich viel mehr.

Herausgeber: Siegfried Laub.
Chefredakteur: Wilhelm Riecher.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag.
Druck: „Kola“ A. G. in: Zeitung- und Buchdruck, Prag.
Für den Druck verantwortlich: Otto Solik, Prag.
Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 11.900/VII/1930 bewilligt.

wohl in der Hauptfrage das Leuchtorgan als Schutzmittel gegen feindliche Angriffe ansehen können. Auch als „Süßer“ wird es seinen Zweck nicht verfehlen, wenn die Tiere selber auf Raub ausgehen. Daß das Leuchtorgan auch im Liebesleben der Tiere eine Rolle zu spielen vermag, das zeigt das Beispiel des Johanniskäfers. Bei dieser Tiergattung veranlassen Männchen und Weibchen ausgesprochene „Lichtspiele“. Das Weibchen sitzt im Gras, macht neckisch sein Lämpchen auf und zu und läßt sich von dem leuchtend umberfliegenden Männchen fuchen. Es ist ein richtiges Versteckspiel zwischen Männchen und Weibchen. Ist es aber nach vieler Mühe dem Männchen gelungen, das tolle Weibchen im Gras aufzufindern, dann ist für letzteres auch meist vorbei, wo es sein Licht leuchten lassen kann. Denn nach der Begattung hat das Weibchen seine Leuchtkraft für immer verloren und nur das Männchen kann noch stolz seine leuchtenden Kreise ziehen.

Wie so vieles in der Natur, nimmt auch das Leuchtwesen der Tiere in höherentwickelten Ländern ganz andere Dimensionen an. Ein auf dem Kontinent so gut wie unbekanntes Leuchtier, das aber dafür in Amerika und Afrika um so häufiger vorkommt, ist die Feuerfliege. Sie gehört zur Gattung der Schnellkäfer und trägt am Hinterleib zu beiden Seiten je eine leuchtende Blase. Die Leuchtkraft dieser Lämpchen ist so groß, daß man bequem lesen kann, wenn mehrere solcher Tierchen in ein Glas gesperrt werden. Aus dem Cucujoid einer Feuerfliege, die auf Cuba verbreitet ist, wurde sogar ein Handelsartikel. Extravagante Amerikanerinnen und Indierinnen halten sie als Haustiere, sehen sie bei Dunkelheit in keine Tülllässe und tragen sie bei abendlichen Promenaden, in Kaffeehäusern als tolle Zier am Busen.